Abonnements-Preis:
Mittag- und Abend-Ausgabe im Stadtbezirke M. 3.60, bei der Post M. 4. Sonntags-Ausgabe im Stadtbezirke 65 Pf., bei der Post M. 1. Wöchentlich Beilage „Sterne u. Blumen" 10 Pf. Die jeden Monat erscheinende humoristische Beilage „Bücherwurm" gratis.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Krefeld.

Niederrheinische Volkszeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lerch für den redaktionellen Theil.
52. Jahrgang.
Druck und Verlag der J. B. Klein'schen Buchdruckerei, M. Buscher.

Insertions-Preis:
Die Petitzeile im Abonnentenkreise 10 Pf. bei einmaliger Gratis-Aufnahme in den Krefelder Stadt-Anzeigen", außerhalb des Abonnentenkreises 20 Pf.; bei Wiederholungen Rabatt. Beilage-Gebühren pro 1000 M. 8. Reklame-Zeile 50 Pf. Offerten-Provision 25 Pf. Bei Frankirten Anfragen 10 Pf. für Antworten.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße 41.
Telephon-Anschluß 334.

Nr. 25. Krefeld, Montag, den 15. Januar (Maurus) 1900.

Mittag-Ausgabe.

△ Soziale Reformen und Flottenverstärkung.

Mit großer Mehrheit hat der Reichstag sich am Freitag für die Versicherung der Wittwen und Waisen der Arbeiter ausgesprochen. Vorläufig wird diese Forderung ja noch nicht verwirklicht werden, weil zunächst die Revision der Unfallversicherung und dann der Krankenversicherung der Regierung und dem Reichstage reichliche Arbeit geben wird. Kommen aber wird die Wittwen- und Waisen-Versicherung unbedingt einmal. Auch die Regierung steht dem Gedanken sympathisch gegenüber. Wenn sie Einwendungen gegen die sofortige Verwirklichung erhebt, so kann man das gelten lassen. Nur mit dem Einwande der hohen Kosten sollte sie vorsichtig sein. Dieser beliebte Einwand wird fast immer erhoben, wo es sich um Kulturaufgaben handelt. Selbst wenn nur die Kleinigkeit von 100,000 oder 50,000 M. gefordert wird, heißt es: es ist kein Geld da. Das macht einen sehr schlechten Eindruck besonders in dem Augenblicke wo man mit den Millionen für die Flotte nur so um sich wirft. Die größten Summen verschlingen bei uns Heer und Marine, niemals aber klagt da die Regierung, es sei kein Geld da; im Gegentheil, da heißt es immer, das Geld ist vorhanden.

Nach der Angabe des Grafen Posadowsky würde die Wittwen und Waisenversicherung einen jährlichen Aufwand von etwa 100 Millionen M. erfordern. Das ist gewiß keine Kleinigkeit, aber im Vergleich zu den Forderungen der neuen Flottenvorlage ist es keineswegs erschreckend. Sollen doch allein die dauernden Ausgaben für die Marine in 16 Jahren derartig anwachsen, daß sie jährlich über 150 Millionen mehr betragen als heute. Ueber die Aufbringung dieses Betrages macht sich der Reichsschatzamtssekretär gar keine Sorge. Die steigenden Einnahmen werden zur Deckung dieses Betrages ausreichen, sagt er. Die 100 Millionen für die Wittwen- und Waisen-Versicherung aber wurden gar nicht einmal vom Reiche aufzubringen sein; dies würde nur einen Zuschuß zahlen, Arbeitgeber und Arbeiter würden, wie jetzt bei der Invalidenversicherung, die Hauptlast tragen. Im Grunde wird heute schon der Betrag aufgebracht, denn was Wittwen und Waisen später als Rente erhalten wurden, erhalten sie heute als Armen-Unterstützung. Diese Belastung der Gemeinden d. h. der Steuerzahler würde dann fortfallen; so daß im Großen und Ganzen keine besondere Erhöhung der Lasten einträte.

Für die Flottenverstärkung begeistern sich vor allem Industrielle. Wenn sie es mit dieser Begeisterung aufrichtig und selbstlos meinen, müssen sie auch zur Uebernahme der Kosten oder doch eines Haupttheiles derselben bereit sein. Diese Kosten sind weit größer als in der Wittwen- und Waisenversicherung. Es würde den Flottenschwärmern nun doch sehr schlecht anstehen, wenn sie sich gegen die Versicherung wegen der Kosten sträuben wollten, während ihre Opferwilligkeit für die Flotte angeblich keine Grenzen kennt.

Der „Reichsbote" meint, beide Dinge hätten nichts miteinander zu thun, da das Geld für die Flotte durch Anleihen vom Reiche aufgebracht werde, die Versicherungsgelder aber außer den Reichszuschüssen von den Arbeitern und Arbeitgebern. Aber wer ist denn in diesem Falle das „Reich"? Doch die Steuerzahler, und diese sind zumeist Arbeiter oder Arbeitgeber. Sie haben also in dem einen wie dem anderen Falle das Geld aufzubringen. Daß das Geld für die Flotte durch Anleihen beschafft werde, ist auch nicht richtig. Die dauernden Ausgaben sollen selbstverständlich aus den laufenden Einnahmen bestritten werden und da würde es sich, wie gesagt, schon um weit höhere Summen handeln, als bei der Versicherung. Sodann aber glauben wir nicht, daß die Beschaffung der neuen Schiffe durch Anleihen die Zustimmung des Reichstages finden werde. Das Zentrum wenigstens hat bekanntlich schon bei der Etatsberathung erklärt, daß es da nicht geeignet sei mitzuthun. Wird die Anleihe Quelle verstopft, so müssen andere aufgethan, also neue Steuern eingeführt werden. Wir würden natürlich verlangen, daß die „stärkeren Schultern" die Last zu tragen hätten; wie es aber auch gemacht würde, jedenfalls würde aus der Flottenverstärkung dem Lande eine Belastung erwachsen, gegen die die Versicherungslast nicht sonderlich stark ins Gewicht fiele.

Wir wollen die Versicherungsfrage nicht gegen die Flottenvorlage ausspielen, schon deshalb nicht, weil es gegen diese ohnehin genug Einwände geben wird. Aber das müssen wir doch sagen: es macht sich gar nicht schön, wenn man behauptet, für die Wittwen und Waisen der Arbeiter kein Geld zu haben, während für eine Flottenverstärkung, deren Nothwendigkeit sehr fraglich ist, Geld in Hülle und Fülle vorhanden sein soll. Man thut so opferwillig und begeistert für neue Schiffe; warum nicht dieselbe opferfreudige Begeisterung für Wittwen und Waisen?

CPC. Deutscher Reichstag.

(Unberechtigter Nachdruck, auch theilweiser, untersagt.)

127. Sitzung vom 13. Januar.

Eröffnung 1½ Uhr.

Am Bundesrathstisch Graf Posadowsky.

Der Etat der Reichsdruckerei wird nachträglich an die Budgetkommission verwiesen.

Die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel 7b (Allgemeine Fonds).

Bei Titel 9 (Fonds zur Förderung der Binnenfischerei) fordert Abg. Müller (Sagan, frs. Vp.) Auskunft darüber, ob ausreichend Gewähr vorhanden sei, daß die Gelder in zweckdienlicher Weise verwendet würden. Er meine, daß die Erfolge des Deutschen Fischereivereins zu gering seien.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, daß der Deutsche Fischereiverein zur Zeit mehr mit wissenschaftlichen Untersuchungen beschäftigt sei, daß er aber in Zukunft mehr praktische Arbeit treiben werde, und zwar vor allem in der Richtung, die deutschen Binnenwässer mit geeigneten Fischsorten zu besetzen.

Abg. Rickert (frs. Vgg.) ist im Gegensatz zum Abg. Müller (Sagan) der Meinung, daß der Fischereiverein segensreich gewirkt habe.

Abg. Dr. Hermes (frs. Vp.) tritt als Vorstandsmitglied des Fischereivereins gleichfalls dem Abg. Müller (Sagan) entgegen.

Damit schließt die Diskussion. — Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel 10 (15,000 M. zur Herausgabe des Deutschen Handelsarchivs) erklärt auf eine Anregung des Abg. Dr. Pausche (ntl.)

Staatssekretär Graf Posadowsky, daß die Berichte nach wie vor Jedermann unentgeltlich zugeschickt würden, der sie verlange. Sollten die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, so würde die Regierung mit einer Mehrforderung an den Reichstag herantreten.

Bei Kapitel 7, Tit. 2. Reichsschulkommission, bemerkt auf eine Anregung des Abg. Eickhoff (fr. Vp.)

Staatssekretär Graf Posadowsky, daß er gegen die Zulassung der Realgymnasial-Abiturienten zum medizinischen Studium nichts einzuwenden habe, vorausgesetzt, daß der Unterricht in Latein etwas vertieft und auch sonst ein ge Aenderungen im Lehrplan vorgenommen würden. Es sei das indessen seine persönliche Ansicht.

Abg. Schrader (frs. Vgg.) dankt dem Staatssekretär für seine Erklärung und hofft, daß er seinen Standpunkt gegenüber den Einzelstaaten Geltung verschaffen werde.

Abg Müller-Sagan (fr. Vp.) bittet, die Anforderungen für die Zulassung zum Studium der Thierheilkunde soweit zu erhöhen, wie für jedes andere akademische Studium.

Abg. Rickert (frs. Vgg.) tritt mit großer Entschiedenheit für die Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium ein. Es sei eine Forderung der Sittlichkeit und der Scham, daß die Frauen sich von weiblichen Aerzten behandeln lassen könnten.

Staatssekretär Graf Posadowsky befürchtet von der Erhöhung der Anforderung für die Zulassung zum thierärztlichen Studium einen erheblichen Rachlaß des Andranges zu diesem Fach. Was die Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium betreffe, so sei die Regierung im Begriff, eine Bundesratsverordnung zu erlassen, nach welcher auch diejenigen Frauen in Preußen zum ärztlichen Examen zugelassen werden sollten, die ihr Studium im Ausland gemacht hatten.

Abg. Dr. Oertel (kons.) befürwortet gleichfalls die Zulassung der Aerztinnen. Die Vorbildung zum medizinischen Studium geschehe durch das Realgymnasium gerade so gut wie durch das humanistische Gymnasium, vielleicht noch besser. Er sei selbst klassischer Philologe und habe als Dozent an einem Realgymnasium die Erfahrung gemacht, daß dieses zur Vorbereitung für das medizinische Studium viel besser geeignet sei.

Abg. Bebel (Soz.) verlangt eine bessere Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen, auch der Bäckereiverordnung. In Folge des Nachgehens der Regierung und der allmählich wieder lässiger werdenden Ausführung der Bäckereiverordnung seien in einer ganzen Reihe von Städten Differenzen zwischen Meistern und Gesellen hervorgetreten, die wahrscheinlich im Frühjahr zu zahlreichen Bäckereiarbeiterstreiks führen würden. Die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik bezüglich der im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen seien vielfach ungenügend. Wenn dieselben zur Grundlage einer Verordnung gemacht würden, würden nur 100,000 Personen unter die Schutzbestimmungen fallen, während 180,000, und zwar hauptsächlich das Dienstpersonal, ungeschützt bleiben würden.

Staatssekretär Graf Posadowsky kündigt an, daß schon in den nächsten Tagen im Reichsamt des Innern eine Verordnung festgestellt werden würde, bezüglich der Anwendung der Fabrikschutzvorschriften auf die Hausgewerbestätten mit Motorbetrieb und auf die Zigarrenausschneidestuben.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel 10 „Statistisches Amt" weist

Abg. Roesicke-Dessau (wildl.) auf die Bedeutung der Arbeit hin, welche bei der letzten „Berufs- und Gewerbezählung" geleistet worden ist. Die Schriftstücke und Druckstücke, welche an die Zentrale gelangt seien, hätten das Gewicht von 300,000 Kilo und würden 30 große Eisenbahnwaggons füllen. Das amtliche Werk über die Zählung behandle die sozialen Verhältnisse Deutschlands in 10 großen Bänden; die landwirthschaftlichen Verhältnisse würden in einem, die Betriebsverhältnisse in sieben Bänden besprochen. Die Arbeit überrage weit alles an Ausführlichkeit und Exaktheit, was anderswo bei Berufs- und Gewerbestatistiken je geleistet sei. Er glaube, daß auch das Haus den bei diesem Werke hervorragend betheiligten Personen seinen Dank aussprechen müsse. (Beifall.)

Abg. Dr. Hitze (Zentr.): Als Vorsitzender der Kommission, welche damals über die Statistik berathen hat, schließe ich mich ausdrücklich den Worten des Vorredners an. Ich selbst habe reichlich Gelegenheit gehabt, diese Arbeiten bei meinen Studien heranzuziehen, und ich glaube, daß auch alle anderen Herren, welche sich mit Sozialpolitik beschäftigen, dankbar dieses Material benutzt haben. Auch Bernstein hat daraufhin seine ganzen Ausführungen, die einen so großen Weltenschlag in der sozialdemokratischen Partei bewirkt haben, begründet. Daraus sieht man, wie wichtig eine gute Statistik ist. Ich hoffe, daß die Förderung des Reichsstatistischen Amtes, wie sie ein Antrag des Vorredners will, in kräftigster Weise alsbald in Angriff genommen wird. (Beifall.)

Abg. Thiele-Halle (Soz.) tadelt das Verfahren, nach welchem im vorigen Jahre die Statistik über Streiks und Aussstände aufgestellt sei. Es wäre dabei nicht nur parteiisch verfahren, sondern die Angaben seien vielfach direkt unrichtig.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Woedtke erklärt, daß die Vorwürfe des Vorredners unbegründet seien. Es ist überhaupt noch keine vollständige Statistik herausgegeben. Mit der Statistik ist am 1. Januar 1899 begonnen worden. Es liegt in der Absicht der Regierung, vierteljährlich summarische Uebersichten zu veröffentlichen und am Ende des Jahres eine ausführliche Statistik. Was der Vorredner als lückenhaft bezeichnet hat, ist nur eine summarische Uebersicht gewesen, keine vollständige Statistik. Diese hat bis jetzt noch gar nicht vorgelegt werden können. Seit dem Erlaß des Staatssekretärs Grafen Posadowsky vom 21. April 1899 sind bei den Erhebungen stets sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer befragt worden. Wir wollen eben eine objektive Erhebung. Die Ergänzungen, die wir zu den ersten summarischen Uebersichten gegeben haben, sind vom „Vorwärts" ganz unbeachtet geblieben.

Abg. Schrader (fr. Vgg.) dankt dem Vorredner für seine Erklärung, durch welche die Angriffe des Abg. Thiele entkräftet seien. Daß sich zu Beginn der neuen Arbeit noch einige Unrichtigkeiten eingeschlichen hätten, sei erklärlich. Redner wünscht eine billigere Abgabe der Hefte des Statistischen Jahrbuchs.

Das Kapitel gelangt zur Annahme.

Beim Kapitel 12 „Gesundheitsamt" meint

Abg. Schrempf (kons.), mit den Versuchen zur Verhütung der Maul- und Klauenseuche sei so wenig erzielt worden, daß es im Interesse der Landwirthschaft liege, wenn man die Vorschriften einfach aufhebe und sich darauf beschränke, die Grenzen zu bewachen, damit nicht immer neuer Ansteckungsstoff eingeschleppt werde.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wir gehen gegen die Maul- und Klauenseuche mit passiven und aktiven Mitteln vor und haben damit sehr bedeutende (!) Erfolge erzielt. Der Kern, auf den es ankommt, ist der, welche Behandlung der Thiere vorgenommen werden muß, um dieselben bei Krankheitsfällen immun zu machen. Die Forschung ist jetzt so weit, daß sie festgestellt hat, daß das Schwein das geeignetste Versuchsthier ist. Wir hoffen, daß es uns nun alsbald gelingt, ein wirksames Serum herzustellen.

Abg Dr. Weißenhagen (Zentr.): Die Leute würden sich gar nicht gegen die Absperr- rc. Maßregeln auf den infizirten Höfen wehren, wenn in den 15 Jahren, während deren sie eingeführt waren, auch nur ein vereinzelter Erfolg zu verzeichnen wäre. Der kleine Mann muß sein Vieh zu Geld machen, wenn er existenzfähig bleiben will. Die Sperre macht ihm dies unmöglich. Sie ist viel schlimmer als eine Steuer. Diese kann aufgehoben werden, wenn aber der Verkauf des Viehes zur rechten Zeit nicht mehr möglich ist, dann geräth der kleine Mann in größte Noth. So lange wir nicht wissen, was der Träger der Maul- und Klauenseuche ist, was ihre Verbreitung fördert, was sie hemmt und wie sie übertragen wird, soll man nicht solche Mittel anwenden, von deren Wirksamkeit man nichts sieht, deren Schaden aber größer ist als die Krankheit selbst. Deshalb möchte ich bitten, wenigstens den Absatz 2 des § 64 der Bundesrathsverordnung vom 27. Juni 1895, der noch viel strenger ist, als das Gesetz selbst, aufzuheben und es den einzelnen Regierungen zu ermöglichen, die Ausführungsvorschriften in milderer Form zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Fürst zu Innhausen und Knyphausen (kons.): Die Aerzte stehen vor der Erkenntniß, daß sie bei der Maul- und Klauenseuche nicht helfen können, und daher bitte auch ich den Staatssekretär, nicht zu scharfe Maßregeln zu treffen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Eine Gewähr dafür, daß die Gesunden den Sitz der Krankheit entdecken, kann ich nicht übernehmen. Die Männer der Wissenschaft sind aber zuversichtlich. Die Ausführung der Sperrmaßregeln ist keine schematische, sondern richtet sich ganz nach den einzelnen Gegenden und es soll so schonend wie möglich verfahren werden.

Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) bezweifelt die Aufwendungen für die biologische Abtheilung; es sei von großem Werthe, systematisch die Mittel zur Bekämpfung der Schadlinge auf den Pflanzen zu erforschen.

Das Kapitel wird hierauf angenommen.

Beim Kapitel „Patentamt" beantragt

Abg. Müller-Meiningen (fr. Vp.) Herabsetzung der Patentgebühren, die nirgends so hoch seien wie in Deutschland.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, daß bei der Zunahme der Arbeiten im Patentamt an eine Ermäßigung der Gebühren nicht gedacht werden könne.

Abg. Möller-Duisburg (ntl.) befürwortet ebenfalls eine Herabsetzung der Gebühren.

Die Abstimmung über den Antrag erfolgt in der 3. Lesung.

Das Kapital wird bewilligt.

Dienstag, 1 Uhr: Fortsetzung des Etats.

Schluß: ½6 Uhr.

Die Reform der Unfallversicherung.

Der im Jahre 1896 dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf wegen Abänderung der Unfallversicherungsgesetze ist bekanntlich nicht zur Verabschiedung gelangt. Es haben nur eingehende Kommissionsberathungen stattgefunden und die Kommission hat das Ergebniß in einem ausführlichen Bericht niedergelegt. Inzwischen ist dann zunächst die Revision der Alters- und Invalidenversicherung erfolgt und nunmehr soll die Reform der Unfallversicherungsgesetze wieder in Angriff genommen werden. Dem Reichstag ist vor einigen Tagen ein neuer Gesetzentwurf darüber zugegangen; eigentlich sind es fünf Gesetze: ein kurzes allgemeines Gesetz, das insbesondere von der Errichtung neuer Berufsgenossenschaften, den Schiedsgerichten, dem Reichsversicherungsamt und den Landesversicherungsämtern handelt, und vier „Anlagen", die das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz, das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft, das Bau-Unfallversicherungsgesetz und das See-Unfallversicherungsgesetz in der neuen Fassung mit der gegenüberstehenden bisherigen enthalten. Dazu kommt noch ein Gesetzentwurf betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene. Von einem Versuche, in ein im einzigen Gesetze die gemeinschaftlichen Grundsätze der Unfallversicherung zusammenzufassen und dann die Sonderbestimmungen für die einzelnen Gebiete daran anzuschließen, ist Abstand genommen worden, weil einmal das Gesetz zu umfangreich geworden wäre und zweitens das Verständniß für den einzelnen Unternehmer oder Arbeiter, der in der Regel nur mit einem Gebiete der Unfallversicherung in Berührung kommt, erschwert werden würde. Nur das Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung von 1895 ist in das Unfallversicherungsgesetz von 1884 neu hineinverarbeitet worden und soll also als Sondergesetz verschwinden. In einzelnen wichtigen, insbesondere die Organisation betreffenden Punkten ist jedoch eine Zusammenfassung nicht nur der Vorschriften der Unfallversicherungsgesetze, sondern darüber hinaus zum Theil eine materielle Fortbildung stattgefunden. Dies gilt zunächst in Bezug auf die Schiedsgerichte. Die auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes zu errichtenden örtlichen Schiedsgerichte sollen auch für die Rechtsprechung in Unfallversicherungssachen fungiren. Die bisherigen Schiedsgerichte für die einzelnen Berufsgenossenschaften werden aufgehoben. Auch die organisatorischen Bestimmungen über das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter sind unter Ausscheidung aus den einzelnen Gesetzen zusammengefaßt worden.

Die gegenwärtige Vorlage knüpft an die Vorarbeit von 1896/97 an und übernimmt eine große Anzahl der Kommissionsbeschlüsse. Nur insoweit, sagt die Begründung, weicht sie bei Bestimmungen grundsätzlicher Natur davon ab, als besonders schwerwiegende Gründe dazu nöthigen. Im Allgemeinen ist über die Richtung, in welcher die Revision der Unfallversicherungsgesetze erfolgt ist, folgendes zu bemerken. Der Kreis der versicherungspflichtigen Personen wird ausgedehnt. In den zu einem Theile mit Baurisiken behafteten Betrieben (Tischler, Maler, Glaser, Klempner u. s. w.) ist jetzt nur ein Theil der Arbeitsthätigkeit versichert; häufig ist sogar derselbe Arbeiter für einen Theil seiner Thätigkeit versichert, für einen anderen nicht. Fortan sollen Gewerbebetriebe, die sich überhaupt auf Bauarbeiten erstrecken, in ihrem ganzen Umfange der Versicherung unterstellt werden, so daß das Gesetz auf sämmtliche im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, auch wenn sie persönlich nicht bei den Arbeiten für Bauten beschäftigt werden, Anwendung finden soll. Ferner sollen auch Schlossereien, die nicht für Bauten arbeiten, der gesammte Gewerbebetrieb der Schmiede, der Gewerbebetrieb der Fensterputzer, alle in Fleischereien (nicht bloß in den mit einem Schlachthausbetriebe verbundenen), sowie beim Dichter den vorkommenden Verrichtungen, alle gewerblichen Brauereien (nicht bloß die fabrikmäßigen) in die Unfallversicherung hineinbezogen werden. Die bisherige Zergliederung der gewerblichen Thätigkeit in einen versicherten und einen nicht versicherten Theil soll insoweit, als ein und dieselbe Person in beiden Theilen des Betriebes beschäftigt wird, beseitigt werden durch die Bestimmung, daß die Versicherung sich auf alle anderen Dienste erstreckt, zu denen eine Person, die überhaupt versicherungspflichtig ist, neben ihrer gesetzlich versicherten Beschäftigung herangezogen wird. Ferner soll sich die Versicherung auch auf häusliche und andere Dienste erstrecken, zu denen eine versicherte Person herangezogen wird, z. B. wenn der für das Geschäft gehaltene Kutscher zu Spazierfahrten oder zur Wartung von Kutschpferden, der Fabrikarbeiter zu Botengängen in Privatangelegenheiten herangezogen wird. Sodann soll die Unfallversicherung im gewerbsmäßigen Lagereibetriebe erweitert und auf die mit einem Handelsgewerbe verbundenen Fuhrwerksbetriebe und Holzfällungsbetriebe ausgedehnt werden. Endlich sollen die bisher noch nicht versicherungspflichtigen Zweige der Seefischerei und des Kleindetriebes der Seeschiffahrt dem Gesetze unterworfen werden.

Die Leistungen der Berufsgenossenschaften sollen erweitert werden. Der Beginn einer Unfallrente soll unter Umständen schon vor dem Beginn der 14. Woche nach dem Unfall eintreten, wenn der Anspruch auf Krankengeld vorher fortfällt, aber bei dem Verletzten noch eine die Gewährung der Unfallrente rechtfertigende Beschränkung der Erwerbsfähigkeit fortbesteht. Ferner kann der Genossenschaftsvorstand die Theilrente bis zum Betrage der Vollrente vorübergehend erhöhen, so lange der Verletzte in Folge des Unfalls thatsächlich und unverschuldet arbeitslos ist. Sodann soll dafür gesorgt werden, daß der Entschädigungsberechtigte nicht in Folge von Streitigkeiten darüber, welche Genossenschaft zur Entschädigung verpflichtet ist, einstweilen ohnelnterstützungsbleibe od. gar gänzlich ausgehe. Auch soll er dagegen geschützt werden, daß durch Einreichung von Rechtsmitteln bei unzuständigen Behörden sein Recht verloren gehe. Bei Bemessung der Rente für Hinterbliebene solcher Getödteten, die wegen eines früher erlittenen Unfalles nur noch wenig verdienen konnten, soll unter Umständen die ältere Unfallrente dem Jahresverdienste hinzugerechnet und so der Entschädigung ein höherer Verdienst zu Grunde gelegt werden. Die Hinterbliebenen-Rente der Kinder soll durchweg auf dem bisher nur für vater- und mutterlose Waisen vorgesehenen Satz erhöht und in besonderen Fällen auch dann gezahlt werden, wenn der Vater noch lebt, aber der Unterhalt der Kinder thatsächlich von der durch den Unfall getödteten Mutter bestritten ist. Die Bestimmungen für die zwangsweise Unterbringung eines Verletzten in Krankenhäuse sollen genauer geregelt werden. Während der Dauer dieser Unterbringung sollen dem Verletzten und seinen Angehörigen unter Umständen besondere Unterstützungen gewährt werden. Der Kreis der entschädigungsberechtigten Hinterbliebenen soll auf die Enkel des Getödteten ausgedehnt werden. In Bezug auf die Rückforderung überhobener Rentenbeträge sollen die zur Rückzahlung Verpflichteten günstiger gestellt werden.

Eine weitere Verbesserung der Lage der Entschädigungsberechtigten ist sodann in Bezug auf das Verfahren bei Herabsetzung der Rente wegen nachträglicher Erhöhung der Erwerbsfähigkeit vorgeschlagen. Nach Ablauf von 5 Jahren kann die Herabsetzung der Rente nicht mehr einseitig von der Berufsgenossenschaft vorgenommen, sondern nur bei dem Schiedsgericht beantragt werden. Nach Ablauf von 2 Jahren soll die Regelung des Rentenbezugs immer auf 1 Jahr gelten; die festgesetzte Rente kann also innerhalb eines Jahres nicht wieder herabgesetzt oder erhöht werden.

Andere Bestimmungen zielen darauf ab, in der Verwaltung der Berufsgenossenschaften hervorgetretene Schwierigkeiten zu beseitigen und sie zu vereinfachen. — Die frühere Vorlage wollte sodann das Reichsversicherungsamt entlasten durch Einschränkung der Rechtsmittel, insbesondere des Rekurses. Der Vorschlag begegnete lebhaftem Widerspruch und die neue Vorlage sieht von einer Wiederholung desselben ab. Doch will sie eine gewisse Entlastung auf anderem Wege erreichen. So soll ein ausgedehntes Verfahren für unzulässige, verspätete oder offenbar unrechtfertigte Rekurse eingeführt, die übergroße Zahl der Abänderungsbescheide beschränkt und die Entscheidung über Strafbescheiden auf andere Behörden übertragen werden. Zur Ersparung von Arbeitskräften werden Vereinfachungen bei der Besetzung von Spruchkammern der Versicherungsämter (4 statt 6 Beisitzer) vorgeschlagen. Zur Verminderung der nicht selten frivol eingelegten Rechtsmittel ist vorgesehen, dem Versicherungsamte zu ermöglichen, den Betheiligten unter Umständen gewisse Kosten aufzuerlegen und die Entscheidung des Schiedsgerichts auch zu Ungunsten des Beschwerdeführers abzuändern.

Den Beschlüssen der Reichstagskommission, die sich auf eine Umgestaltung der Fürsorge für die Verletzten während der ersten 12 Wochen nach Eintritt des Unfalls beziehen, ist in der Vorlage keine Folge gegeben worden. Die Karenzzeit ist also beibehalten worden. Die Begründung sucht dies einigend zu rechtfertigen.

Deutschland.

♢ **Berlin**, 13. Jan. Die Einbringung einer Interpellation über die Beschlagnahme deutscher Schiffe durch England ist nunmehr zwischen Zentrum, Konservativen und Nationalliberalen vereinbart worden. Die Interpellation wird von dem Abg. Möller (Duisburg) eingebracht und von allen Parteien, mit Ausnahme wohl der Sozialdemokraten, unterzeichnet werden. Soweit bis jetzt bestimmt ist, soll sie am Freitag im Reichstage zur Verlesung kommen. An amtlicher Stelle in Berlin wird der Abschluß der Angelegenheit durch das Zuvorkommen Englands, ebenso für die Beschlagnahme des „Bundesrath" wie für die der übrigen Schiffe Entschädigung leisten zu müssen, zu Anfang der Woche erwartet. Die deutsche Regierung soll noch einmal in sehr entschiedener Sprache die Freigabe des „Bundesrath" verlangt und darauf hingewiesen haben, daß jeder Tag der weiteren Verzögerung die Entschädigungssumme erhöhe. Wie aus London berichtet wird, meldet der „Standard", daß die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Besprechung und zum Abschluß einer internationalen Seerechtskonvention erwogen werde. Die Regierungen mehrerer Mächte träfen bereits die nothwendigen Vorbereitungen. Der deutsche Kaiser solle der eigentliche Urheber dieser Idee sein.

* **In den Stellen der höheren Verwaltungsbeamten** soll der „Deutschen Tagesztg." zufolge demnächst ein größerer Wechsel stattfinden. Dieser Wechsel hängt einerseits damit zusammen, daß man beabsichtigt, die infolge der Abstimmung gegen die Kanalvorlage zur Disposition gestellten politischen Beamten möglichst bald wieder anzustellen, andererseits damit, daß bekanntlich in dem neuen Etat eine ziemliche Zahl neuer Regierungsrathsstellen ausgeworfen sind. Außerdem gedenken einige höhere Beamte, so beispielsweise der Polizeipräsident von Potsdam, in den Ruhestand zu treten.

* **Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion** beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung, auf Anregung von Seiten des Parteivorstandes, mit der Frage: ob durch Aufhebung des Koalitionsverbotes für politische Vereine Anlaß zur Abänderung und Umgestaltung der Partei-Organisation gegeben sei? In der sehr lebhaft geführten Debatte trat dem „Vorwärts" zufolge übereinstimmend die Ansicht zu Tage, daß für eine durchgreifende Umgestaltung der Partei-Organisation ein Bedürfniß bisher nicht zu Tage getreten sei. Ob es möglich sein wird, in Zukunft die Partei-Organisation straffer zu gestalten, darüber waren die Meinungen getheilt. Daß es wünschenswerth wäre, die jetzige lose Gestaltung fester zu fügen, wurde allseitig zugegeben, aber die große Mehrheit war der Ansicht, daß jeder derartige Versuch zu einer Unsumme von polizeilichen Scherereien und Plackereien führen würde. So sprach man sich besonders gegen die Einrichtung einer zentralisirten, über ganz

045

Deutschland verbreiteten Organisation mit Mitgliedskarten und Beiträgen aus. Die von einzelnen Orten angeregte Frage, ob es nicht am Platze sei, den diesjährigen Parteitag früher — also vielleicht schon zu Pfingsten zu berufen, um dort über die nothwendigen organisatorischen Aenderungen zu beschließen — wurde allseitig verneint. Den Genossen in den einzelnen Orten soll empfohlen werden, sich den neu geschaffenen Verhältnissen anzupassen und Erfahrungen bis zum nächsten Parteitag zu sammeln. Außerdem wurde eine Kommission, bestehend aus dem Parteivorstand und vier Abgeordneten, eingesetzt, die sich über die nothwendigen Aenderungen verständigen und dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge machen soll.

* **Ein komisches Pröbchen von Jesuitismus.** Die Polen der Provinz Posen sollen, wie ein „genauer Kenner der Verhältnisse" jüngst berichtet hat, sich in einem „geradezu wunderbaren wirthschaftlichen Aufschwunge" befinden. Woher kommt das Geld? fragen die „Hamburger Nachrichten" und vermuthen ganz richtig, daß Jesuiten die „unbekannten Wohlthäter" seien. Es ist lebhaft zu bedauern, daß das so vorzeitig ausgeplaudert wird. Die „Hamb. Nachr." ziehen alsbald den Schluß, daß das Reich solchen Leuten die Thore nicht öffnen dürfe, selbst um den Preis der Flottenverstärkung nicht. Der „Reichsb." stimmt ihnen lebhaft zu. Die beiden wackeren Blätter haben ja ganz recht, nur hätten sie mit ihrem Protest wohl warten können, bis jemand die Flottenverstärkung als Preis für die Jesuiten angeboten hätte.

* **München,** 12. Jan. Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer berieth heute Abend den Antrag Pichler, die Vorschriften bezüglich der Sonntagsruhe in den Kanzleien der staatlichen Verwaltungsbehörden mit allem Nachdruck einzuführen; insbesondere den Bureaudienst während des Hauptgottesdienstes zu untersagen. Nachdem mehrere Minister und Abgeordnete die Undurchführbarkeit des zweiten Theiles des Antrages nachgewiesen hatten, änderte Pichler den zweiten Theil dahin ab, der Bureaudienst sei während des Hauptgottesdienstes, soweit nicht öffentliches Interesse Ausnahmen erfordere, zu untersagen. In dieser Fassung wird der Antrag Pichler angenommen.

Rußland.

* **Petersburg,** 13. Jan. Ein Reskript des Kaisers an den Minister des Auswärtigen Grafen Murawjew besagt:

„Die hervorragenden Eigenschaften, die Sie während Ihrer diplomatischen Laufbahn bewiesen haben, haben mich im Jahre 1897 bestimmt, Ihnen den wichtigen Posten des Ministers des Auswärtigen anzuvertrauen. Ihre Ernennung ist zusammengefallen mit beunruhigenden politischen Ereignissen. Die Erhebung, welche auf der Insel Kreta zum Ausbruch kam, sowie der türkisch-griechische Krieg, welcher in Folge dessen ausbrach, drohten den Frieden und die Ruhe auf der gesammten Balkanhalbinsel zu stören. In Gemäßheit meiner Verordnungen ist es Ihnen bei Ihrer ausgesprochenen Kenntniß der Geschäfte und bei der gerechten Schätzung der historischen Mission, die Rußland zugefallen war, gelungen, den eingeleiteten Verhandlungen die gewünschte Richtung zu geben und die glückliche Lösung der Schwierigkeiten, welche sich ergeben hatten, herbeizuführen. Die Einführung einer autonomen Verwaltung auf Kreta unter der Oberleitung des Prinzen Georg von Griechenland hat, indem sie eine neue Aera in dem Leben der Kreter markirt, den Agitationen ein Ende gemacht, die seit so langer Zeit die Ruhe des türkischen Orients trübten. Andererseits beweist die Aufrechthaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten den befruchtenden Einfluß der friedlichen und folgerichtigen Politik Rußlands. Zur Wahrung der wichtigsten Interessen des Staats bestellt, haben Sie, indem Sie sich den von mir gegebenen Anweisungen genau anschlossen, mitgewirkt an der Verwirklichung der traditionellen Bestrebung Rußlands, im äußersten Osten einen eisfreien Ausgang ins offene Meer zu gewinnen. Mit der chinesischen Regierung ist über die pachtweise Ueberlassung der Halbinsel Kwangtung mit den Häfen Arthur und Dalny ein Einvernehmen erzielt worden, das von der Freundschaft und dem gegenseitigen Vertrauen Zeugniß ablegt, die zwischen beiden großen Nachbarreichen bestehen. Dasselbe entspricht den offenbaren Bedürfnissen Rußlands als einer Großmacht zur See und wird im Stillen Ocean ein neues Zentrum für Handels- und Industrieunternehmungen der gesammten Welt schaffen. Weitere Verhandlungen, welche auf meinen Befehl mit der englischen und japanischen Regierung eingeleitet wurden, haben zum Abschluß besonderer Abkommen geführt, welche jeden Grund zu Mißverständnissen auf politischem Gebiete beseitigen und Rußland die Möglichkeit geben, seine Kräfte der fortschreitenden Entwicklung der Wohlfahrt seiner Besitzungen im fernen Osten zu widmen. Ganz besondere Genugthuung gewährt es mir, unter der Zahl der mir von Ihnen erwiesenen Dienste die Bemühungen und die Sorgfalt hervorheben zu können, welche Sie darauf verwendet haben, um meinem innigen Wunsche, allen Völkern die Wohlthaten eines wahrhaft andauernden Friedens zu sichern, zur Erfüllung zu verhelfen. Die Ergebnisse der Thätigkeit der im Haag stattgehabten Konferenz geben mir feste Hoffnung, daß solide Grundlagen für die Verwirklichung dieses meinem Herzen so theuren Zieles gelegt sind, da alle Mächte die Lösung dieser Frage in ihrer Gesammtheit als möglich und nützlich anerkannt haben. Indem ich mich mit wirklichem Vergnügen Ihrer dem Throne gewidmeten so höchst nützlichen Arbeiten erinnere und besonders die Mitwirkung anerkenne, die Sie der Entwicklung und Mehrung des Prestiges Rußlands durch die glänzende Ausführung meiner Anweisungen und Absichten zum Zwecke der friedlichen Lösung der verwickelten Probleme der auswärtigen Politik gewidmet haben, betrachte ich es als eine angenehme Pflicht, Ihnen meine herzliche Dankbarkeit auszudrücken. Ich verbleibe für alle Zeit Ihr unveränderlich wohlwollender und aufrichtig dankbarer Nikolaus."

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

In England harrt man in großer Spannung weiterer Nachrichten über die Umgehungsbewegung General Bullers westlich von Colenso, die, kaum begonnen, durch den hohen Wasserstand des Tugelaflusses zum Stocken gebracht worden zu sein scheint. Wenn es richtig ist, was aus London gemeldet wurde, daß der Flußübergang bei Potgieters Drift keine Brücke, sondern lediglich ein Fährboot ist, dann ist nicht abzusehen, wie Buller mit einer größere Truppenmacht an die jenseits des Flusses stehenden und vermuthlich gut verschanzten Buren herankommen soll. Kommt es indessen zu einem Uebergangsversuch Bullers bei Potgieters Drift, dann dürfte gleichzeitig General White mit dem noch marsch- und kampffähigen Theil seiner Truppen von Ladysmith aus einen Ausfall nach Südosten unternehmen, um dem anrückenden Ersatzheere die Hand zu reichen. Aber es muß auch die Möglichkeit im Auge behalten werden, daß die Aktion Bullers westlich von Colenso nur ein Scheinangriff ist, durch den die Aufmerksamkeit der Buren von einer weit ausgreifenden Umgehungsbewegung östlich von Colenso abgelenkt werden soll. Bei der Wachsamkeit und dem ausgebildeten Spähedienst der Buren dürfte aber auch eine solche Ueberrumpelung nicht gelingen.

*

Es liegen noch folgende Nachrichten vor:

* **London,** 13. Jan. Das Buraau Reuter meldet aus Pretoria: Amtlichen Mittheilungen zufolge wurden die britischen Truppen am letzten Samstag bei Colesberg mit Verlusten zurückgeschlagen. Ueber die Verluste der Buren liegt kein weiterer Bericht vor. Die Briten griffen ein Burenlager bei Griqua-West an und zerstörten es vollständig. Es wurde dann ein Buren-Kommando gegen die britischen Truppen ausgesandt, worauf diese sich auf Belmont zurückzogen. — Bezüglich des Sturmes auf das Plateau von Ladysmith wird jetzt bekannt, daß während die Buren beim Beginne des Treffens Erfolg hatten, sie später gezwungen wurden, ihre Stellung aufzugeben.

* **Lourenco Marques,** 12. Jan. Ein Telegramm aus dem Burenlager von Colenso vom 11. ds. Mts. besagt: Alles weist auf eine große Schlacht am Tugelafluße in diesen Tagen hin. Heute früh führte eine große Streitmacht der Highlanders mit Kavallerie und Kanonen einen Scheinkampf aus. Während der letzten beiden Nächte wurden Raketen aus Ladysmith geschleudert. — Die Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Durban vom 12. ds. Mts., in welchem es heißt. General Warren habe gestern das Lager von Frere mit einer fliegenden Kolonne verlassen, um Buller zu unterstützen. Es geht das Gerücht, daß eine große Schlacht an drei Punkten begonnen habe.

* **Durban,** 12. Jan. Die „Natal-Times" veröffentlicht ein Telegramm aus Lourenco Marques, wonach sämmtliche Geschäftshäuser und Minen im Swasiland von Burenkommandos mit Hülfe der Polizei des Swasilandes geplündert wurden. Viele dort ansässige Engländer wurden vertrieben oder verhaftet und nach Pretoria gebracht. Einige flüchteten sich nach Lasombes auf portugiesisches Gebiet. Eingeborene Plünderer vervollständigten den Ruin des Landes. Ein Burenkommando befindet sich mit Wagen in Tambaam eine Tagereise vom Meer entfernt. Man glaubt, daß sie Lebensmittel und Munition erwarten, die in der St. Luciabai ausgeschifft werden.

Telegraphische Depeschen.

W **London,** 14. Jan. In einigen militärischen Kreisen war gestern Abend das Gerücht verbreitet, daß General Buller eine neue Niederlage erlitten habe, doch hatte das Kriegsamt gegen Mitternacht noch keine Nachricht darüber.

W **London,** 14. Jan. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Ladysmith vom 12. d. M.: Der Feind enthält sich seit zwei Tagen jeder Feindseligkeit, doch ist auf den entfernter gelegenen Hügeln eine lebhafte Bewegung der Buren wahrzunehmen.

Die Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter.

W.r. **Essen,** 14. Jan.

Im Altfredushause fand heute die Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter statt. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige und umfaßte 9 Punkte. Zunächst sei aus dem Rechenschaftsbericht, der an erster Stelle steht, folgendes erwähnt: Der Bestand der Einnahme betrug am 31. Dez. 1898 16,771 M. 68 Pfg., Mitgliederbeiträge wurden geleistet in Höhe von 24,139 M. 46 Pfg., Eintrittsgelder 1950 M. 45 Pfg. Die Ehrenmitglieder zahlten 2768 M., Abonnement 385 M. 96 Pfg., Inserate des „Bergknappen" 1866 M. 97 Pfg., Verschiedenes 470 M. 68 Pfg. Insgesammt belief sich die Einnahme auf 48,393 M. 20 Pfg. Für Agitation, Annoncen u. s. w. hat der Gewerkverein ausgegeben 2139 M. 2 Pfg.; für Drucksachen, „Bergknappe" u. s. w. 12,630 M. 10 Pfg.; Portoauslagen 2360 M. 15 Pfg.; Verwaltung 4231 M. 96 Pfg.; Anschaffungen 837 M. 7 Pfg; Verschiedenes (Unterstützung der Krefelder Weber) 3322 M. 76 Pfg; Ausgaben der Anmeldestellen 3455 M. 27 Pfg. Die Gesammtausgaben betragen hiernach 28,996 M. 33 Pfg. Es haben sich die Kassenverhältnisse des Gewerkvereins also günstiger gestellt, wie im vorausgegangenen Jahre. Der Punkt 2 der Tagesordnung bezieht sich auf die Vorstandswahl. Es scheiden aus die Mitglieder Brust-Altenessen, Berse-Gickel, Kühne-Hamme, Müller-Huttrop, Köster-Frohnhausen, Nasemann-Gaitrop, Spieß-Homberg und Gerke-Bödefeld. Von größerer Wichtigkeit ist der dritte Punkt der Tagesordnung, den Vereinsbeitrag um 20 Pfg. pro Monat zu erhöhen. Dafür soll im Sterbefalle den Hinterbliebenen 50 M. Sterbegeld gewährt werden. Weiter hat die Generalversammlung über Abänderung des Statuts der Krankengeld-Zuschußkasse, Aufhebung der Spar- und Sterbekasse des Gewerkvereins und Drucklegung der Artikelserie „Sozialer Führer" zu beschließen, sowie zur Bergwerksinspektion Stellung zu nehmen.

Die Versammlung ist überaus stark besucht. Um ½11 Uhr eröffnete der Vorsitzende Brust die Sitzung. Angemeldet sind 280 Delegirte. Herr Brust dankt für den zahlreichen Besuch und bedauert, daß keiner der Gewerberäthe der Generalversammlung beiwohnen kann. Professor Dr. Hitze sei durch seine parlamentarische Thätigkeit abgehalten und Herr Viktor Brauns krank. Er hoffe aber, daß es gelingen werde, die Versammlung zu einem glücklichen Ende zu führen. Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt der Vorsitzende ein dreifaches Hoch auf den obersten Bergherrn, den Kaiser, aus, in welches die Versammlung begeistert einstimmt. Es folgt sodann der Rechenschaftsbericht, den wir schon oben gegeben haben. Der Gewerkverein zählte am Schluß des abgelaufenen Jahres 22,000 Mitglieder. Er hatte einen Zuwachs von 3000 Mitgliedern zu verzeichnen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betreffend die Vorstandswahl wird mit dem ersten gleichzeitig zur Debatte gestellt. Redner hält es für nöthig, eine zweite Kraft anzustellen, die in der Lage ist, ihn in der Redaktion zu ersetzen und als zweiten Vorsitzenden zu vertreten. Berse-Gickel mahnt, mit der Ablieferung der Gelder nicht zu lange im Rückstande zu bleiben. Nachlässige Bezirksvorsteher solle man bei Seite schieben. Tipp-Rotthausen stimmt dem Vorredner bei. Bezüglich der neuen Arbeitskraft hält er es für nöthig, eine gediegene Aushülfe zu beschaffen. Damit schließt die Debatte über diesen Gegenstand. Branning-Osterfeld schlägt Wiederwahl Brust's zum ersten Vorsitzenden vor. Geschieht durch Zuruf. Berse-Gickel, der zuerst eine Wiederwahl abgelehnt, nimmt die Wahl nach langer Debatte in den Vorstand wieder an. An Stelle des ausscheidenden Spieß-Homberg, der nicht mehr Bergmann ist, wird Grossack-Heide vorgeschlagen und an Stelle von Effert-Osterfeld werden Schaefer-Bottrop, Spielkamp-Osterfeld vorgeschlagen. Gewählt wird der erstere, ebenso wie Grossack. Die übrigen Mitglieder werden einstimmig wiedergewählt.

Es folgt nun Punkt 3 der Tagesordnung: Abänderung des Vereinsstatuts dahingehend, den Vereinsbeitrag um 20 Pfg. pro Monat zu erhöhen und dafür im Sterbefalle der Vereinsmitglieder und deren Frauen (Unverheirathete für ihre Mutter, falls sie deren einziger Ernährer waren) den Hinterbliebenen je 50 M. Sterbegeld zu gewähren. Danach soll in Zukunft der Beitrag monatlich 40 Pfg. betragen. Der § 10 des Statuts erhält dann folgende Fassung: § 10. Jedes Mitglied erhält die wöchentlich erscheinende Vereinsschrift gratis. Außerdem kann für Mitglieder, für deren Frauen, sowie Unverheiratheten für ihre Mutter, wenn sie deren einzige Ernährer sind, ein Sterbegeld gewährt werden nach folgenden Sätzen:

nach halbjähriger Mitgliedschaft 30 M.,
nach zweijähriger Mitgliedschaft 40 M. und
nach dreijähriger Mitgliedschaft 50 M.

Besagte Dauer der Mitgliedschaft muß selbstverständlich unter der Herrschaft dieses Statuts ununterbrochen bestanden haben. Wer Sterbegeld beansprucht, muß seinen Anspruch durch Statut und Quittungsbuch nebst Sterbeurkunde als richtig nachweisen.

Seitens Gelsenkirchen ist ein Antrag, das Maximalalter zum Eintritt in die Kasse nicht, wie es der Vorstand vorschlägt, auf 40 Jahre, sondern auf 45 festzusetzen. Der Vorsitzende erläutert eingehend die Vortheile dieser Kasse. In der Debatte erhält zuerst Lio-Oberhausen das Wort. Er ist der Ansicht, den Wittwen müsse das Sterbegeld beibehalten werden. Rohrmann-Wattenscheid tritt für den Antrag Gelsenkirchen ein. Wenn die Abstufungen eingeführt würden, würden viele Mitglieder austreten. Er beanspruche gleiches Recht für Alle, ob nach halbjähriger oder dreijähriger Mitgliedschaft. Ein Antrag von Borbeck wünscht eine Erhöhung des Sterbegeldes von 50 M. auf 60 und verschiedene andere Abänderungen. Das Beitragsgeld soll nur um 10 Pfg. erhöht werden. Tipp-Rotthausen kann sich für die Abstufungen nicht aussprechen. 50 M. Sterbegeld müsse jedem gegeben werden nach halbjähriger Karenzzeit. Kleinere Klassen könnten das leisten. Brust warnt davor, zu weit zu gehen. Man möge doch einmal sich recht darin schicken, das Maximalalter auf 40 Jahre festzusetzen; aber von einer Abstufung dürfe keine Rede sein. Schirmer-Gelsenkirchen: Wir treiben bereits ins Unterstützungswesen hinüber, und verfolgen keine gewerkschaftlichen Interessen mehr. Die Erhöhung des Beitrages stößt auf Widerstand. Wir sind nicht berufen, die Mitglieder zu majorisiren. Fragen wir doch, ob die Mitglieder das wünschen. Sehen Sie von dem ganzen Unterstützungswesen ab und bleiben auf gewerkschaftlichem Gebiete. Brust tritt dieser Auffassung entgegen. Schneider-Kray wünscht, daß nur für Mitglieder Sterbegeld gezahlt werde und nicht für Frauen und Mütter. Zimmermann-Dortmund hält die Sterbekasse für einen sehr guten Gedanken, es freue ihn, daß man soweit gekommen sei. Zimmermann-Schonebeck ist gegen die Abstufungen, ebenso wie eine Anzahl anderer Redner. Brust resumirt sodann die Ausführungen und vertheidigt die Vorschläge des Vorstandes. Wenn heute die Bergarbeiter nicht so geringe Opfer bringen könnten, dann wüßte er nicht, wann es geschehen solle. Die Löhne stehen doch auf höherem Satze wie früher. Es ist auch Aufgabe eines Gewerkvereins, solche Kassen zu gründen. Das beste Beispiel liefere der deutsche Metallarbeiterverband. Er bitte den Antrag anzunehmen.

Der Antrag des Vorstandes wird abgelehnt.

Es tritt eine Mittagspause ein.

Um 3 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Der abgelehnte Antrag des Zentralvorstandes ist inzwischen umgearbeitet worden. Es wird seitens des Vorstandes ein neuer Antrag eingebracht, wonach nach halbjähriger Karenzzeit ein Sterbegeld von 50 Mark bezahlt wird. Dieser Antrag wird angenommen, und zwar mit der Modifikation, daß für solche Mitglieder, die erst dem Gewerkverein beitreten, eine Karenzzeit von einem Jahre nöthig ist.

Der 4. Punkt der Tagesordnung betrifft die Aenderung de Statuts der Krankengeld-Zuschußkasse Bergmanns wohl. Die Aenderung soll darin bestehen, daß die Mitglieder, die aus der Krankenkasse ausscheiden, auch aus dem Gewerkverein ausscheiden. Ferner der Ausschluß erfolgt durch den Zentralvorstand. Diese Aenderungen werden angenommen.

Die Versammlung beschließt sodann die Aufhebung der Spar- und Sterbekasse des Gewerkvereins, die wenig Anklang im Verein fand. Im Ganzen sind rund 1000 Mark eingezahlt worden. Die gezahlten Sparbeiträge werden voll zurückgezahlt.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung: Drucklegung der Artikelserie „Sozialer Führer" in Broschüren wird dahingehend erledigt, daß, wenn genügende Abnehmer für diesen Führer vorhanden sind, derselbe in Broschürenform erscheinen soll.

Eine längere Debatte entspinnt sich bei dem Punkt 5 der Tagesordnung, welcher die Vergütung an die geschäftsführenden Ausschußmitglieder behandelt. Die Versammlung beschließt, von 100 Mitgliedern jährlich an die Ausschußmitglieder eine Vergütung von 2 Mark zu bewilligen.

Ueber die Stellungnahme zur Bergwerksinspektion ergreift sodann Kamerad Effert-Osterfeld zu einem längeren Referat das Wort. Die Unfallkasse steigt im preußischen Bergbau von Jahr zu Jahr, führt Redner aus. Nach der großen Katastrophe von „Karolinenglück" erwartete man, daß erfahrene Bergarbeiter angestellt werden sollten zur Untersuchung der Mißstände. Die neuerdings angestellten Einfahrer werden oft von den Grubenbeamten getäuscht. Das sei bei praktisch erfahrenen Bergleuten nicht leicht möglich. Man macht hiergegen eine ganze Anzahl Gründe geltend. die aber nicht stichhaltig seien. Der wahre Grund, weshalb man keine Arbeiter als Kontrolleure anstellen wolle, sei der, daß man fürchte, die Mißstände würden aufgedeckt. Eine Verminderung der Unfälle im Bergwerksbetriebe ist erst dann zu erzielen, wenn praktisch erfahrene Bergleute zur Kontrolle herangezogen werden. In dem Unfallversicherungsgesetz bemerkt der Redner, es müsse sich gegen eine Einschränkung des Rekursrechtes die gesammte Arbeiterschaft erheben. Bei völliger Erwerbsunfähigkeit müßten 66⅔ Prozent bewilligt werden. Redner erörtert weiter das Bergewerbegericht, welches unbedingt nothwendig sei, und kritisirt die jetzigen Mängel desselben, sowie die Nothwendigkeit der gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine. Brust erinnert an den Prozeß der Zeche „Unser Fritz" und ähnliche Vorkommnisse auf anderen Zechen. Er bespricht sodann das Reichsbergegesetz und den Zuzug fremdländischer Arbeiter.

Zum Schluß werden folgende Resolutionen unter lebhafter Akklamation angenommen.

Zur Bergwerksinspektion.

Die 5. Jahresversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands erkennt an, daß die Staatsbehörde bestrebt ist, die Bergwerksinspektion besser zu gestalten durch Anstellung der den Königl. Bergrevierbeamten beigegebenen Hülfskontrolleure (Einfahrer), kann dieselbe aber nicht für ausreichend und vollkommen ansehen.

Diese Ansicht stützt sich auf langjährige praktische Erfahrungen und die noch kürzlich durch unser Organ an die Oeffentlichkeit gebrachten, geradezu skandalösen Vorfälle auf diesem Gebiete (Täuschung der Königl. Revierbeamten und der Einfahrer), sowie auf die im Strafverfahren gegen die Beamten der Zeche „Unser Fritz" bei Wanne vor der Essener Strafkammer festgestellten Uebertretungen der Gewerbeordnung und des Erlasses des Reichskanzlers betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Bergwerken und die dabei versuchte Täuschung des Vertreters des Bergrevierbeamten, durch Ausradirungen in den Schichtenzetteln und Marken-Kontrollisten.

Nach wie vor sind wir deshalb der Ueberzeugung, daß die Bergwerksinspektion nur dann eine möglichst vollkommene ist, wenn praktisch erfahrene Arbeiterdelegirte zur Mitkontrolle der Gruben herangezogen werden.

Zur Unfallversicherung.

Die 5. Jahresversammlung hält eine Reform des Unfallversicherungsgesetzes für nothwendig im Sinne der Petition des Zentralvorstandes des Gewerkvereins an den hohen Reichstag vom Jahre 1897, betreffend die Reform der Unfallversicherung, und zwar wesentlich dahingehend, daß insbesondere

1. durch Unfall völlig verkrüppelten Arbeitern, die sich selbst nicht im Geringsten helfen können und unbedingt auf die Hülfeleistung anderer Personen angewiesen sind (solche, die beide Arme, beide Beine verloren haben, u. s. w.) eine Rente von 100 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes erhalten,

2. die sonst übliche Vollrente = 75 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes und

3. die Rente der Wittwe 30 Proz., die der Kinder 20 Proz. beträgt; jedoch die Renten aller Hinterbliebenen zusammen 66⅔ Proz. des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen soll, sowie

4. Vertreter der Arbeiter bei der ersten Rentenfestsetzung mitbetheiligt sind und endlich

5. falls bei Unfällen das Heilverfahren von der 13. Woche abgeschlossen und der Arbeiter zu geringerer Arbeit fähig und angewiesen ist, vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit bezw. dem Abschluß des Heilverfahrens an eine Unfallrente gewährt wird, entsprechend der eingebüßten Erwerbsfähigkeit.

Zum Gesetz betreffend die Gewerbegerichte.

Die 5. Jahresversammlung hält nach wie vor die Reform des Gesetzes betr. die Gewerbegerichte für nothwendig, dahingehend, daß

1. die Kompetenz der Gewerbegerichte erweitert wird, dahin, daß dieselben als Einigungsämter in Thätigkeit treten können, nicht nur zur Beilegung von bereits vorhandenen Streitigkeiten, sondern auch zur Verhütung von solchen, und daß die Gewerbegerichte auch dann als Schiedsämter fungiren müssen, wenn sie nur von einem Theile, Arbeitgeber oder Arbeiter, angerufen werden, und

2. die Vertreter der Organisation der Arbeiter als Rechtsbeistände vor den Gewerbegerichten zugelassen werden.

Zur gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine.

Die 5. Jahresversammlung des Gewerkvereins erblickt in den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, betr. die Eintragung in das Vereinsregister, keinen genügenden Schutz für die Arbeiterberufsvereine und sieht deren dauernden Bestand und segensreiche Wirksamkeit im Interesse des sozialen Friedens nur gesichert in besonderer gesetzlicher Anerkennung dieser Vereine und Verleihung von Korporationsrechten an dieselben.

Betreffend ein Reichsbergegesetz.

Die 5. Jahresversammlung des Gewerkvereins erblickt in der Schaffung eines Reichsberggesetzes eine wesentliche Förderung der Interessen des gesammten deutschen Bergbaues und der bergbautreibenden Bevölkerung; sowohl in rechtlicher wie sozialer Beziehung.

Im Reichsbergesetze wäre einheitlich zu regeln:

1. das Bergrecht oder die Bergbau- und Abgabefreiheit desselben nach dem Vorbild der preußischen Bergesetzgebung;
2. die Beaufsichtigung des Bergbaues bezüglich seiner Einwirkung auf die Erdoberfläche, sowie des Schutzes für Gesundheit und Leben der Arbeiter; in letzterer Beziehung unter Mitwirkung von Arbeiterdelegirten;
3. das Vertrags- und Arbeitsverhältniß der Bergarbeiter, sowie die Strafgewalt der Arbeitgeber;
4. die Arbeitszeit der Bergleute;
5. Verbot der Frauenarbeit in und auf Bergwerken;
6. die Mitverwaltung der Knappschaftskassen seitens der Arbeiter und Erhaltung deren Rechte an die Kassen beim Ausscheiden aus denselben, dahingehend, daß die Arbeiter ihre Vertreter in freier geheimer Wahl bestimmen und als solche auch invalide Mitglieder wählen können und daß den Mitgliedern der Kassen beim Ausscheiden aus denselben die erworbenen Rechte gegen Zahlung einer Rekognitionsgebühr erhalten bleiben.

Bezüglich des Zuzuges fremdländischer Arbeiter.

Die 5. Jahresversammlung des Gewerkvereins erblickt in der massenhaften Zuziehung und Beschäftigung fremdländischer Arbeiter im deutschen Bergbau eine große Gefahr für die inländische Bergarbeiterschaft, sowohl in Bezug auf der letzteren Gesundheit und Leben, wie auch der wirthschaftlichen und sozialen Lage der deutschen Bergleute, und bittet die Staatsbehörde, durch geeignete Maßnahmen für die Folge fremdländische Arbeiter aus dem deutschen Bergbau fern zu halten.

Volkswirthschaftliches und Soziales.

○ **Zum Kohlenmangel.** Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen zu Düsseldorf hatte, aus Anlaß des Kohlenmangels und der Betriebsschwierigkeiten im rheinisch-westfälischen Industriebezirke infolge der Witterungseinflüsse, in der Mitte des vorigen Monats an den Minister der öffentlichen Arbeiten eine Vorstellung gerichtet, in welcher die Aufhebung der Sonntagsruhe im Güterverkehr und die Gestellung von Güterwagen an den Sonntagen erbeten wurde. Dem Verein ist hierauf von der zuständigen königlichen Eisenbahndirektion in Essen am 6. d. M. nachstehender Bescheid zugegangen:

„Ihre an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtete Eingabe vom 22. Dezember v. J. ist uns zur instanzmäßigen Entscheidung überwiesen worden.

Zunächst gestatten wir uns darauf hinzuweisen, daß die Wagengestellung im verflossenen Herbste erheblich glatter sich abgewickelt und trotz der ungemein hohen Anforderungen viel geringere Ausfälle gezeigt hat als in den vorhergegangenen Jahren. Seit Anfang November, also längere Zeit vor Beendigung der Rübenernte waren nennenswerthe Fehlziffern überhaupt nicht mehr zu verzeichnen. Die unmittelbar betheiligten maßgebenden Kreise haben denn auch mit ihrer Anerkennung dieses Ergebnisses nicht zurückgehalten.

Gleich günstig lagen die Verhältnisse bis zum 10. Dezember, und es würde auch diesen ganzen Monat hindurch bei den reichlichen Wagenbeständen volle Befriedigung aller Anforderungen erfolgt sein, wenn nicht die plötzlich eingetretenen äußerst ungünstigen Witterungsverhältnisse eine ordnungsmäßige Abwickelung des außerordentlich starken Verkehrs unmöglich gemacht hätten. Der starke Frost verbunden mit dichtem Nebel und Rauhfrost, welch letzterer das Betriebsmaterial und die Schienen mit einer eisigen Kruste überzog, die sich immer wieder nach dem Passiren eines Wagens von Neuem bildete, hemmte die Beweglichkeit der Wagen in höchstem Maße, wodurch alsbald eine schwere Stockung im Rangirgeschäft und Güterzugverkehr hervorgerufen wurde. Die Züge aus den Außenrevieren trafen mit Verspätungen von 5 bis 6 und mehr Stunden im Ruhrrevier ein, die Personale kamen aus ihrer Tour, und deshalb konnten auch die Gegenzüge nur mit großen Verspätungen abgelassen werden, oder sie mußten öfter ganz ausfallen, weil ausreichende Ersatzpersonale und Reservelokomotiven nicht sofort zur Verfügung standen. Hierdurch trat sehr rasch eine Verstopfung der großen Sammelbahnhöfe und Zugbildungsstationen ein. Von den Zechen konnten die beladenen Wagen nicht abgeholt und leere Wagen konnten ihnen Mangels an Raum zur Aufnahme nicht zugeführt werden, obschon anfangs noch Leermaterial in reicher Menge vorhanden war. Weil aber die beladenen Wagen nur langsam zum Abgang gebracht werden konnten und unterwegs weitere unerwünschte Aufenthalte erlitten, so mußte naturgemäß nach und nach auch der Rücklauf des Leermaterials schwächer werden, so daß die Anforderungen nicht mehr gedeckt werden konnten. Dieser Zustand war mithin lediglich und nicht nur theilweise, wie Ihrerseits angenommen wird, eine Folge der Betriebsbehinderungen durch elementare Einwirkungen, gegen welche die Eisenbahnverwaltung machtlos war und auch bei noch viel größeren Wagenbeständen machtlos gewesen wäre.

Eisenbahnseitig sind unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen ergriffen worden, um die Stockung so rasch als möglich zu beseitigen. Hierher gehören die Einstellung aller brauchbaren Oberbau- und Werkstättenarbeiter, so weit es die Sicherheit des Betriebs- und der Werkstättengeschäfte zuließen, in den Rangir-, Zug- und Lokomotivdienst, die Doppelbesetzung der Lokomotiven, die Aufrechterhaltung des Rangir- und Güterzugdienstes am 17., 24. und 31. Dezember, sowie an den Weihnachtsfeiertagen unter Bedienung der Zechen und Anschlußwerke so oft als es nothwendig oder zweckmäßig erschien. Das, was durch Ihren Schutzantrag angestrebt wird, ist mithin schon vorher in vollem Umfange geübt worden.

Falls mit dem Hinweise auf den Wagenmangel, welcher Tausende von Bergleuten und Fabrikarbeitern zu unfreiwilligen Feierschichten nöthige, die Vorstellung verknüpft werden sollte, als ob eine Verantwortung für Lohneinbußen der Eisenbahnverwaltung zufalle — wie diese Vorstellung auch in Preßäußerungen zu finden ist —, so wird eine solche Verantwortung nicht anerkannt. Das Maß ihrer Verpflichtung in Bezug auf Vorhaltung von Betriebsmitteln wie auf die Bedienung des Verkehrs muß die Eisenbahnverwaltung mit ihren ungewöhnlich hohen Aufwande als erfüllt erachten. Wenn die Zechen und die industriellen Werke nicht dazu übergegangen sind, Einrichtungen für das einstweilige Niederlegen der Kohle oder Ansammlung von Vorräthen für kurze Störungen in der Wagenzuführung in größerem Umfange als bisher vorzuhalten, und wenn sie Vorkehrungen, die ihren Arbeitern eine ungestörte Arbeitsleistung ermöglichen können, als für sie unwirthschaftlich unterlassen zu können glauben, so kann solche Fürsorge deshalb noch nicht der Eisenbahnverwaltung allein zufallen, da hiermit die Verpflichtung verschoben werden würde, übrigens auch der Eisenbahn daraus ein Aufwand in weit größerem Mißverhältniß erwachsen würde, als er der Industrie zufallen könnte, und in Fällen wie dem vorliegenden der gewünschte Erfolg überhaupt nicht erreichbar ist.

Wie wenig Werth seitens der Industrie auf die Ansammlung und Lagerung von Brennvorräthen gelegt wird, mag aus der Thatsache erhellen, daß ein dortiges großes Eisenwerk, welches 2500 Arbeiter beschäftigt, schon am 13. Dezember, nachdem die Betriebsstockung kaum seit zwei Tagen bestanden hatte, uns telegraphisch mittheilte, daß der Betrieb wegen Kohlenmangels habe eingestellt werden müssen. Mit Stockungen in der Kohlenzufuhr, sei es in Folge ungünstiger Witterung oder anderer unvorhergesehener Ereignisse, muß für die Winterzeit auch seitens der Industrie gerechnet werden. Es kann daher den betheiligten Kreisen nicht dringend genug empfohlen werden, den Mahnungen der Eisenbahn-Verwaltung auf rechtzeitige Ansammlung ausreichender Vorräthe, wie solche alljährlich durch die Presse und auf andere Weise in die Oeffentlichkeit gelangen, in vollem Umfange nachzukommen."

Gerichtszeitung.

m **Berlin,** 13. Jan. Kammergericht. Eine Frau Lange aus Köln war in Strafe genommen worden, weil ihre Söhne den Schulunterricht in der Volksschule versäumt hätten.

Frau Lange war mit einem katholischen Manne verheirathet gewesen, aus der Ehe waren zwei Knaben hervorgegangen, welche der katholischen Religion angehörten. Als die genannte Frau ihre Knaben nach der evangelischen Volksschule schickte, erhielt sie von der Regierung die Aufforderung, ihre Knaben nach der katholischen Volksschule zu senden. Da nun den Knaben der Schulbesuch in der evangelischen Volksschule verwehrt wurde, so schickte die Mutter ihre Söhne vom 3. Jan. bis 31. März v. J. überhaupt in keine Schule. Das Schöffengericht sprach die angeklagte Frau frei, die Strafkammer hingegen hob die Vorentscheidung auf und verurtheilte die Angeklagte auf Grund der Kabinetsordre vom 14. Mai 1825 und 20. Juni 1835 zu einer Geldstrafe, da die Eltern nicht eigenmächtig in die Schulordnung eingreifen dürfen. Die Angeklagte hätte der Anordnung der Regierung Folge leisten und ihre Knaben in die katholische Volksschule senden müssen. Gegen diese Entscheidung legte die Angeklagte Revision beim Kammergericht ein, welches jedoch auf Zurückweisung des Rechtsmittels erkannte und ausführte, es solle dahingestellt bleiben, ob die Behörde berechtigt sei, zu verlangen, daß die Angeklagte ihre Knaben in die katholische Volksschule schicke, die Angeklagte durfte aber ihre Kinder vom 9. Januar bis 31. März 1899 nicht ohne jeden Schulunterricht lassen. Sie hätte über die Verfügung Beschwerde führen können oder für anderen Unterricht sorgen müssen.

Landwirthschaft und Gartenbau.

= Aus dem Landkreise, 13. Jan. Die Vorführung der Königlichen Beschäler des Landgestüts zu Wickrath findet am Dienstag, den 16. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr statt.

Rheinland und Westfalen.

W Düsseldorf, 14. Jan. Eine Diebesbande verübte im Dezember hier eine Menge Ladendiebstähle und Einbrüche. Die Läden wurden mit Nachschlüssel geöffnet und dann die Waaren weggeschleppt. Fünf Mitglieder dieser Diebesbande sind am Samstag verhaftet worden. — Gestern Abend schlich ein Dieb in ein herrschaftliches Haus, in welchem große Gesellschaft war, und stahl aus der Garderobe 2 Ueberzieher 3 Damenmäntel und mehrere Muffs.

△ Düsseldorf, 14. Jan. Anläßlich des 25jährigen Jubiläums des Herrn Dr. Ed. Hüsgen als Leiter und Chefredakteur des „Düsseldorfer Volksblatt" hatten sich gestern Abend die Angestellten des Geschäftes in einem Saale der Offizin zu einer gemüthlichen Feier vereinigt. Herr Schenten, der älteste Herr des Geschäftes, feierte in schwungvoller Rede Herrn Dr. Hüsgen als Kämpen und Verfechter der katholischen Sache in den unglückseligen Kulturkampfszeiten. Der Jubilar, der trotz seines hohen Alters von Anfang bis fast zu Ende der Festlichkeit beiwohnte, gedachte in warmen Worten der christlichen Mitarbeit im „Düsseldorfer Volksbatt". Herr Gewerbegerichtsbeisitzer B. Meyer feierte die älteren Herren des Geschäftes als Muster für die jüngeren. Das Fest verlief in der gemüthlichsten Weise. Möge der Jubilar noch lange Jahre im Dienste der guten Sache thätig sein.

* Bonn, 12. Jan. Nachdem das Lokalkomitee zur Vorbereitung der diesjährigen Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Bonn sich gebildet hat, wurde dieser Tage zur Wahl des Vorsitzenden des Komitees, sowie zur Wahl des Vorsitzenden der einzelnen Kommissionen geschritten. Einstimmig wurden zu Ehrenpräsidenten die Herren Justizrath Hellekessel, sowie Monsignore Dechant Neu, zum Präsidenten des Lokalkomitees Landtagsabgeordneter Sanitätsrath Dr. Ruegenberg, zu Vizepräsidenten Amtsgerichtsrath Wilh. Horster und Stadtverordneter Sanitäsrath Dr. Olbertz gewählt. Zu Schriftführern wurden die Herren Kaufmann Wilh. Becker, Rechtsanwalt Dr. Abs, Rechtsanwalt Dr. Hellekessel II bestimmt. Die Wahl der Vorsitzenden der einzelnen Kommissionen ergab: Rednerkommission Prof. Dr. Schrörs; Presse Pfarrer Ludwigs; Finanzen Bankdirektor Dahm; Anmeldung und Wohnungen Stadtverordneter Joseph Weinstock; Bau der Festhalle Reg.-Baumeister Karl Thoma; Ausschmückung Zivil-Ingenieur Stadtverordneter C. Wenger; Ordnung und Begrüßung Dr. M. Obladen; Festkommission Kaufmann H. Dübbers; Ausstellungskommission Karl Henry. Nach dieser Zusammensetzung des Vorstandes und der Kommissionen ist zu erwarten, daß die Bonner Katholikenversammlung sich ebenbürtig den vorhergegangenen anschließen wird.

* Trier, 13. Jan. Heute Nachmittag gegen 1 Uhr wurde die Feuerwehr alarmirt. Im Katholischen Bürgerverein, und zwar in dem vor einigen Jahren neugebauten Flügel, hatte in dem südwestlichen Eckzimmer eine Gasexplosion stattgefunden, in Folge deren Fenstervorhänge und Möbel in Brand geriethen, die Fenster in Trümmer gingen und die Fachmauern des unteren Stockwerks zusammenstürzten. Das Feuer war bald gelöscht, die Verwüstung, welche die Explosion angerichtet, ist aber ungeheuer groß. Die unter dem weißen Saale gelegenen Zimmer sind bis auf die Außenmauern ein Trümmerhaufen. Zum Glück ist Niemand verletzt worden. Man hat sofort mit den Räumungsarbeiten begonnen.

Lokales.

** Krefeld, 15. Jan. Auf der Tagesordnung der am kommenden Donnerstag stattfindenden Stadtrathssitzung steht u. a. auch die Uebernahme der Garantie für ein von der hiesigen Wohnungs-Genossenschaft bei der Landes-Versicherungsanstalt Rheinland aufzunehmendes Darlehen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Berathung über diesen wichtigen Gegenstand zu einem positiven Resultat führen möge.

** Krefeld, 15. Jan. Das am Samstag in der „Königsburg" stattgehabte 14. Stiftungsfest des Werkmeistervereins zu Krefeld erfreute sich eines recht zahlreichen Besuches. Das Programm bestand aus Musik, humoristischen und Gesangvorträgen eines Doppelquartetts des Quartettvereins „Rheingold" sowie in der Aufführung des Theaterstückes „Die Höllenqualen". Das Doppelquartett riß das Publikum mit seinen schön wiedergegebenen Liedern zu lebhaften Beifallsbezeugungen hin. Auch den Mitwirkenden bei dem Theaterstückchen wurde reiche Anerkennung zu theil. Während des Abends hieß der Vorsitzende des Vereins, Herr Brucker die Gäste herzlich willkommen und dankte denjenigen, die zur Verschönerung des Festes beigetragen haben. Redner pries dann Kaiser Wilhelm II. als Friedensfürsten. In das auf den Kaiser ausgebrachte Hoch stimmten die Anwesenden freudigst ein. — Der schöne Verlauf des Festes gereicht den Veranstaltern zur Ehre.

** Krefeld, 15. Jan. Am Samstag Abend fand im Restaurant Brueren (Wischer), Rheinstraße, wie bereits von uns angekündigt, die konstituirende Versammlung des „Vereins für Bucharbeit in Krefeld" statt. Herr Direktor Dr. Deneken, welcher sich um die Vorbereitungen zu dieser Vereinsbildung sehr verdient gemacht hat, leitete die leider nur mäßig besuchte Versammlung und wies auf die Zwecke des Vereins hin. Sodann wurde der vorliegende Statut-Entwurf berathen und mit einigen Aenderungen angenommen. Endlich wurde ein aus 16 Mitgliedern bestehender Vorstand gewählt, in welchem die einzelnen Gruppen, aus denen der Verein sich zusammensetzt, also nicht bloß die Männer vom Fache, sondern auch die Freunde, Liebhaber und Förderer künstlerischer Bucharbeiten und künstlerisch ausgestatteter graphischer Vervielfältigungen Berücksichtigung gefunden haben. Nachdem so der Vorsitzende, Herr Dr. Deneken, den Verein für konstituirt hatte erklären können und der jungen Bildung ein warmes Hoch gewidmet hatte, hielt Herr Direktor Wolbrandt einen ebenso interessanten, wie lehrreichen und anregenden Vortrag über Bibliothekszeichen (Ex libris), anschließend an die jüngste Ausstellung von Bibliothekszeichen im Kaiser Wilhelm-Museum. Redner verbreitete sich über die Entstehung, den Zweck, die Ausbreitung und die Ausstattung der Ex libris und gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß hier in Krefeld die Bibliothekszeichen sich so wenig im Gebrauche erhalten haben. Der Vortrag wurde durch Vorführung einer größerer Zahl von hübschen älteren und neueren Mustern von Bibliothekszeichen illustrirt. Herr Dr. Deneken ergänzte diesen Vortrag noch in zweckmäßiger Weise. Es würde der Förderung der Sache sehr dienen, wenn die Ausführungen des Herrn Direktor Wolbrandt demnächst veröffentlicht werden und die Fachmänner sich daran machen würden, Muster von hübschen Bibliothekszeichen herauszuarbeiten. — Zum Schlusse sprach Herr Verleger Otto denjenigen Männern, welche aus rein idealem Interesse, in ganzer Uneigennützigkeit sich der Sache des Vereins gewidmet hätten, dem Herrn Direktor Wolbrandt, Konservator Schulze, Bibliothekar Dr. Bahrdt und ganz besonders Herrn Museums-Direktor Deneken verdienten und tiefempfundenen Dank aus mit dem Wunsche, sich der Vereinssache auch ferner widmen zu wollen und mit dem Versprechen, daß die berufenen Männer vom Fache ihr Interesse in regster Weise den Zwecken des Vereins zuwenden werden.

** Krefeld, 15. Jan. Raummangels wegen mußten wir eine Reihe von Lokalberichten, so über das 25jährige Stiftungsfest des kirchlichen Sängerchores der St. Stephanspfarre, über das 17. Stiftungsfest des katholischen kaufmännischen Vereins „Prudentia" und über das Winterfest des Bürger- und Hausbesitzervereins bis zur Abendausgabe zurückstellen.

** Krefeld, 15. Jan. Der berühmte Pianist Moritz Rosenthal wird Ende d. M. hier in der Stadthalle einen Klavierabend geben.

Stadttheater.

£ Krefeld, 15. Jan. Herr Eugen Klug, unser beliebte Komiker, wird am kommenden Mittwoch seinen Benefizabend halten, und hat die köstliche Posse „Charleys Tante" zu diesem Zwecke gewählt. Der immer gern gesehene, humorsprudelnde Künstler, dessen Komik ebenso originell wie durchschlagend ist, und der deshalb in den Kreisen des theaterliebenden Publikums sich der weitgehendsten Sympathien erfreut, wird die Titelrolle geben, wodurch ein voller Lacherfolg von vornherein gesichert erscheint. Es werden außerdem noch — und zwar nur dies eine Mal — neun lebende Bilder nach Chamissos „Frauenliebe und Leben" gestellt werden, wobei Frl. Hardung die begleitende Deklamation übernommen hat. Wir wünschen Herrn Klug, der auf eine mehrjährige verdienstliche Wirksamkeit an unserer Bühne zurückblicken darf, ein ausverkauftes Haus.

Telegraphische Depeschen

der „Niederrheinischen Volkszeitung."

W Rom, 14. Jan. Der Papst empfing heute die in Rom anwesenden Kardinäle, um deren Glückwünsche zum neuen Jahre entgegenzunehmen. Später hielt der Papst in seinen Privatzimmern Cercle ab. — Der Kommandant der Adeligen Leibgarde des Papstes, Generalleutnant Fürst Altieri, ist in der vergangenen Nacht gestorben.

Handel und Verkehr.

Berlin, 13. Jan. 1899.

Wechselkurse.

Wien	8 Tage	84.55	Kopenhagen	8 Tage	112.00 b
"	2 Monate	83.75	Petersburg	8 Tage	215.60 b
Madrid	14 Tage	63.50	"	3 Monate	213.00 b
"	60 Tage	—.	Warschau	8 Tage	216.05 b

Weitere Wechselpreise siehe Börsentelegramm in der Samstag Abendausgabe.

Ausländische Wechselpreise.

* Antwerpen, 13. Jan. Wechsel. Deutsche Bankplätze kurz 123.10. London kurz 25.20½–25.26½. Check London, Mittelkurs, 25.26½. Check Paris 100.12½ G. 100.25 B. Auszahlung Deutschl. (Reichs-Giro) 123.10. Deutschland 3 Mt. 123.20. Privat-Wechseldiskont — Proz.

* Rom, 13. Jan. Wechsel auf Berlin 131.65.

* Mailand, 13. Jan. Wechsel auf deutsche Plätze, lang 131.65, auf Paris, lang 107.03½.

* Wien, 13. Jan. Deutsche Plätze 118.21. Marknoten 118.21.

* Lissabon, 13. Jan. Wechsel auf Paris 789.00. Gold-Aufgeld 44.00.

* Paris, 13. Jan. Deutsche Plätze 121⅞.

* New-York, 13. Jan. Wechsel auf Berlin 60 T. 94⅞.

Peters & Co.

Aktienkapital M. 15,000,000.
Reserve M. 2,650,000.

Krefeld, 13. Jan.

Wechsel.			Brief	Geld	Geld-Kurse	Rchm.
Amsterdam / Rotterdam	100 Gulden	k. S. / 2 M.	169.95	169.50	Sovereigns	20.42
					englische Noten	20.45
Antwerpen / Brüssel	100 Frc.	k. S. / 2 M.	81.25	80.90	20-Frc.-Stücke	16.20
					5-Frc.-Stücke	4.00
London	1 L.	k. S.	20.50	20.46	französ. Noten	81.00
do.	1 L.	3 M.		20.26	belgische "	80.90
Paris	100 Frc.	k. S.	81.40	81.10	holländ. "	169.30
do.	100 Frc.	2 M.			amerikan. Gold	4.16
Italienische Plätze		k. S.	76.20	75.60	" Noten	4.16
do.	do.	2 M.			österreichisch "	81.35
Schweiz. Pl.	100 Frc.	k. S.	80.85	80.55	schweizerische "	80.30

Unentgeltliche Entgegennahme von Zeichnungen auf alle zur Ausgabe gelangenden Aktien, Staats- u. andere Papiere.
Annahme von Depots unter eigenem Verschluss des Besitzers: „Safes".
Ankauf guter Geschäftswechsel, Eröffnung laufender Rechnungen u. Check-Konti, An- u. Verkauf von Devisen, sowie Besorgung aller sonstigen in das Bankfach schlagenden Geschäfte.
Verwaltung von Werthpapieren, Dokumenten aller Art und Aufbewahrung von Werthgegenständen.
Unentgeltliche Auskunft über alle Werthpapiere.
Kostenlose Einlösung sämmtl. Kupons u. Dividendenscheine
Kontrole der Auslosung.
Wir nehmen in jeder Höhe Spareinlagen an mit Verzinsung bis auf Weiteres bei jährlicher Kündigung zu 4½ Proz., bei neunmonatlicher Kündigung zu 4 Proz., bei sechsmonatlicher Kündigung zu 3½ Proz., bei dreimonatlicher Kündigung zu 3 Proz., bei täglicher Kündigung zu 2½ Proz.
An- und Verkauf von Werthpapieren zu vortheilhaften Bedingungen.
Fast alle 3½% und 4% Pfandbriefe erstklassiger deutscher Hypothekenbanken erlassen wir zum Berliner Tageskurse frei von allen Spesen. — Geldwechsel.

Seide.

* Krefeld, 13. Jan. Betrieb der Seidentrocknungs-Anstalt. Es sind heute zur Konditionirung gekommen: 22 Nrn. 1819 Kilogr. Vom 1. bis 13. Jan. 260 Nrn. 19.642 Kilg. Total 282 Nrn. 21.461 Kilo.

* Zürich, 12. Jan. Zur Kondition kamen: Organzin 14 Nr. 1170 Kilogr., Trame 17 Nr. 1300 Kilogr., Grege 8 Nr. 560 Kilogr. Total: 39 Nr. 3030 Kilogr. Netto gewogen 15 Nr. 720 Kilogr.

* Basel, 12. Jan. Zur Kondition kamen: Organzin 7 Nr. 731 Kilogr., Trame 5 Nr. 243 Kgr. Grege 3 Nr. 144 Kgr. Total 15 Nr. 1118 Kilogr.

* Mailand, 12. Jan. Zur Kondition kamen: 169 B. europäische und 176 B. asiatische Seiden im Gesammtgewicht von 28 340 Kilogr.

* Lyon, 12. Jan. Zur Kondition kamen: 25 B. Organzin, 28 B. Trame, 97 B. Gregen und hat 164 B. gewogen im Gesammtgewicht von 19.347 Kilogr.

Baumwolle.

* Bremen, 13. Jan. Upland, middl. greifbar 41¼ Pfg.

* Havre, 13. Jan. Baumwolle, Nov. 49½ Frc.

* New-York, 13. Jan. Baumwolle 7⅞ n. Orleans 7⅞. Zufuhr 24000 B. Export nach England 16000 B., nach Kontinent 22000 B. Lieferung: Febr. 7.32. März 7.36. April 7.38. Mai 7.41. Juni 7.41. Aug. 7.41. Tendenz: Gab auf die [illegible] Berichte nach und schloß stetig.

Viehmärkte.

h Krefeld, 15. Jan. Schweinemarkt. Die Preise stellten sich für fette Schweine wie folgt: 1. Qual. 49 Pfg., 2. Qual. 47 Pfg.

* Berlin, 13. Jan. Schlachtviehmarkt. Aufgetrieben waren 5424 Rinder, 1030 Kälber, 8042 Schafe, 9129 Schweine. Bezahlt wurde für 50 Kilo Schlachtgewicht in Mark (bezw. für ½ Kilo in Pfg.): Rinder, Ochsen 1. Qual. 62.66, 2. 57.61, 3. 53.56, 4. 50.52 M. Bullen 1. Qual. 59.63, 2. 54.57, 3. 49.52 M. Färsen und Kühe 1. Qual. 54.55, 2. 51.52, 3. 47.50, 4. 42.45 M. Kälber 1. Qual. 77 bis 80, 2. 66.72, 3. 55.60, 4. 40.50 M. Schafe 1. Qual. 61.64, 2. 54.59, 3. 48.53, 4. 00.00. Schweine 1. Qual. 48.00, 2. 46.47, 3. 43.45, 4. 43.45 M.

Frucht- und Viktualienmärkte.

* Neuß, 13. Jan. Getreide. Weizen, 1. Qual. 15.60, 2. 15.10, 3. 14.60 M. Roggen, 1. Qual. 14.50, 2. 13.70, 3. 13.00 M. Hafer 13.60. Kartoffeln 2.50–3.30 M. Heu 50 Kilo 3.00–3.50. Maschinenstroh 500 Kilo 10. — Krummstroh 12. — M. Raps per 100 Kilo 1. Qual. 00.00 M. 2. Qual. 00.00 M. Rüböl per 100 Kilo in Parthien von 100 Ztr. 52.50 M., Rüböl per 100 Kilo faßweise 54.00 M., gereinigtes Oel per 100 Kilo 3 M. höher als Rüböl. Preßkuchen per 1000 Kilo 107.— M. Kleie per 50 Kilo 5.40. — Butter per Kilo 2.20 M., Eier 25 Stück 2.63 M.

* Magdeburg, 13. Jan. Kornzucker 88% 10.20–10.35. 75% 8.15–8.35. Brodraffin. I 23.50–00.00. Brodraffin. II 23.25. Gem. Raffin. mit Faß 23.37½–23.87½. gem. Melis I mit Faß 22.75 bis 00.00. Rohzucker I Pr. Transito f. a. B. Hamburg Jan. 9.55 Gd., 9.62½ Br., Febr. 9.67½ Gd., 9.60 Br., März 9.60 Gd., 9.62½ Br., Mai 9.72½ bz., 9.75 Br. Tendenz: 9.30 Gd., 9.35 Br. — Rohzucker-Wochenumsatz 380 000 Ztr.

* Hamburg, 13. Jan. Weizen, holsteinischer 145–148. Roggen mecklenb. 144–148, russ. 106. Mais 95. Rüböl 52½. Spiritus per Jan. 21½, Jan.-Febr. 21½, Febr.-März 20. März-Mai —. Petroleum Standard white 8.35.

* Hamburg, 13. Jan. Kaffee. März 35½ G., Mai 36¼ G., Sept. 37½ G., Dez. 38 G. Pfg.

* Hamburg, 13. Jan. Zucker. Rübenrohzucker 1. Prod. 88% frei an Bord Hamburg Jan. 9.55, Febr. 9.57½, März 9.60, Mai 9.70, Aug. 9.92½, Dez. 9.35.

* Bremen, 13. Jan. Raffin. Petroleum loco 8.45 Br.

* Amsterdam, 13. Jan. Kaffee, Java ordr. fl. 35. März 34¾, Mai 35, Juli 35¼, Sept. 35¾, Dez. 36 fl.

* Antwerpen, 13. Jan. Petroleum. (Schluß.) Raff. weiß Type loko 23⅝ bz. 23¾ Br. Jan. 23⅝ Br. Febr. 23⅝ Br. April 23⅝ Br.

* Amsterdam, 13. Jan. Weizen Jan. —, März —. Roggen März 133. Mai 132 fl. Rüböl loko 26¾, Mai 26¼, Sept.-Dez. 26⅛ fl. Leinöl ordr. 24. Febr. 23⅞, März-Mai 23¼, Juni-Aug. 23⅞, Sept.-Dez. 22⅝.

* Havre, 13. Jan. Kaffee, Santos März 43.00. Mai 43.75. Sept. 45.00. Dez. 45.75 Frc. Zufuhren vom 11. Jan. in Rio 6000 B., Santos 20.000 B.

* Paris, 13. Jan. 96% Javazucker loko 11⅞. Rüben-Rohzucker loko 9 Fb. 5 P.

* New-York, 13. Jan. (Waaren-Schlußpreise.)

	12.	13.		12.	13.
Rother Winterweizen	75	75⅞	Mehl (Spr. clears)	2.65	2.65
Weizen Januar	00	00	Zucker, fai. ref. Mc.	3⅞	3⅞
" März	73⅞	73⅞	Petroleum		
" Mai	73⅞	73⅞	" roheß (Parf.)	11.00	11.00
" Juli	73⅞	73⅞	" Stand. wh.	9.90	9.90
Mais Januar	00	40⅞	" Philadelphia	9.85	9.85
" Mai	39⅞	39⅞	" Pipel. Certf.	166	166
" Juli	00	00	Getreidefracht	3⅞	3⅞

Weizen nahm einen buoyany festeren Verlauf auf günstige europäische Marktberichte und ungünstige Ernteberichte. Schluß ruhig aber stetig. Mais konnte sich in Folge von günstigen europäischen Märkten und unbedeutendem Angebot durchweg gut behaupten und schloß ruhig, aber fest.

Metalle.

* Breslau, 13. Jan. Rohzink war in der abgelaufenen Berichtswoche [illegible] begehrt. Hier wurden gute gewöhnliche Marken zu 40.50 M. bis 100 Kilogr. ab Breslau gehandelt, und dieser Preis blieb [illegible]. Georg von Giesches Erben W. H.-Marke wurde mit 42.50 M. für prompte Lieferung bezahlt. Die Nachfrage nach Zinkblech war in Anbetracht der Jahreszeit eine außergewöhnlich rege; die Preise blieben unverändert.

* Hamburg, 13. Jan. Gold in Barren per Kilogr. 2790 Br., 2786 Gd., Silber in Barren per Kilogr. 80.40 Br., 79.90 Gd.

* Amsterdam, 13. Jan. Bankazinn ordr. fl. 69¾. Febr. 69. Billiton-ordr. 69. April 68½ fl.

* New-York, 13. Jan. Eisen amerik. Nr. 2 North 21.50. Kupfer 16.50. Zinn 26.10. Blei 0.00. Zink 4.50.

Meteor. Station Krefeld (Kgl. Färbereischule) 15. Jan.

Barom. reduz.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	Temperatur Cels.	Temperatur Reaum.	Temperatur Cels. / Reaum.	[illegible]
762	87	10	—	−3	−2	Maximum	80
761	85	8	—	−2	−1	0° 0°	80
759	85	5	—	−5	−4	Minimum	8
756	83	4	—	−7	−6	−5° −4°	8

Temperatur-Minimum in vergang. Nacht −7° Cels. (−6° Reaum.)

Die Beobachtungen beziehen sich auf die Zeiten: 7 Uhr Morgens, 2 Uhr Nachmittags, 9 Uhr Abends des vorhergehenden und 7 Uhr Morgens desselben Tages.

Witterungsübersicht der Deutschen Seewarte

vom 13. Januar.

Eine Depression ist westlich von Schottland erschienen und hat ihren Wirkungskreis bereits über die Britischen Inseln ausgebreitet. Der höchste Luftdruck liegt über dem mittleren Ostseegebiete. Das Wetter ist in Deutschland bei schwacher, meist östlicher und nordöstlicher Luftströmung kalt, an der Küste theilweise heiter, im Binnenlande, wo stellenweise Schnee gefallen ist, trübe. Wärmeres Wetter, zunächst für das nordwestliche Deutschland, wahrscheinlich.

Für den Inseraten- und Reclamentheil verantwortlich: J. Keller.



Für Mark 6 und höher STOFF zu einer eleganten farbigen seidenen BLUSE von Elten & Keussen, Krefeld.



Karnevals-Zug-Komitee Krefeld 1900.



Unsere grosse Gala-Damen-Sitzung

heute Abend in der Stadthalle beginnt punkt 8 Uhr.

Der 11er Rath.

Einladung
und Tages-Ordnung
für die
öffentliche Sitzung
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu Krefeld
am Donnerstag, 18. Jan.,
Nachm. 6 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Wiederholte Vorlegung und Feststellung des Fluchtlinienplanes für das Gelände zwischen Breiter Dyk und Juratherstraße.
2. Vorlegung und Abnahme der vorjährigen Rechnungen:
   a) der städt. Leihanstalt,
   b) des städt. Schlachthofes,
   c) des Stadtbades,
   d) der Bürgermädchenschule.
3. Nächstjährige Etats.
   a) der städt. Leihanstalt,
   b) des städt. Schlachthofes,
   c) der städt. Bäder,
   d) der Bürgermädchenschule,
   e) des Elektrizitätswerkes.
4. Uebernahme der Garantie für ein von der hiesigen Wohnungs-Genossenschaft bei der Landesversicherungsanstalt Rheinland aufzunehmendes Darlehen.
5. Wahl einer Hafenbau-Kommission.

Verschiedene größere u. kleinere
Kapitalien
hat auszuleihen
Kempen a. Rh. 7911
Pet. Küsters, Aukt.

Sammtband.
Eine mech. Sammtband-Fabrik sucht zum baldigen Eintritt für die Ablieferung der Waare und Kontrolle der Stühle einen erfahrenen
Werkmeister.
Gefl. Offerten sub Z. 7918 bef. die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wer Stelle sucht verlange unsere Allgemeine Vakanzenliste. 1877
W. Hirsch Verlag, Mannheim.

Gothaer
Lebens-Versicherungsbank.
Versicherungsbestand am 1. Dezbr. 1899: 770½ Millionen M.
Bankfonds: 249½ Millionen M.
Dividende im Jahre 1899: 30 bis 138% der Jahres-Normalprämie, je nach dem Alter der Versicherung.
Vertreter in Krefeld:
W. Crous-Janssen, Haupt-Agentur.
Vertreter in Uerdingen: Bureau-Vorsteher G. B. Kramer.
" " Kempen: Kaufmann Joh. Schmitz. 7943
" " Lobberich: Bureau-Vorsteher Georg Trumpf.

Düsseldorfer Bank
vorm. Düsseldorfer Volksbank.
Breitestraße 7, Düsseldorf, Breitestraße 7,
volleingezahltes Aktienkapital M. 3,000,000
Rücklagen von M. 1,203,000
empfiehlt sich zur Besorgung aller Effekten-, Bank- und Wechselgeschäfte. Spareinlagen werden in jeder Höhe angenommen und je nach Kündigungsfrist verzinst.
Die Tresorfächer unserer feuer- und diebessicheren Stahlkammer stehen billigst zur Verfügung. 3000

Gemeindesparkasse Bockum.
Der Zinsfuß für Spar-Einlagen beträgt $3\frac{1}{3}$ %.
Die Sparkasse ist jeden Tag Morgens von 10—12 Uhr und außerdem jeden Donnerstag Nachmittags von 3—5 Uhr geöffnet.
3139 Die Sparkassen-Verwaltung.

Unterhaus
von vier Zimmern
event. mit Speicherzimmer wird von einer Familie ohne Geschäft per Mitte Mai zu miethen gesucht.
Gefl. Anerbieten werden unter H. K. 7831 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Großer
Lagerplatz
mit
Pferdestall u. Schuppen
ganz oder getheilt event. mit Wohnung zu vermiethen.
Offerten unt. T. U. 7843 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein tüchtiger, nüchterner
Destillateur,
welcher selbstständig arbeiten kann, für sofort oder später
gesucht.
Nachweise über bisherige Thätigkeit sind beizufügen. Dauernde Stellung.
Offerten unter R. T. 7933 an die Geschäftsstelle der „Niederrheinische Volkszeitung" in Krefeld.

Aachener u. Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.
Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß wir die bisher von den Herren Hansen und Koch geführte Agentur Krefeld V unserer Gesellschaft, nachdem die Herren Hansen und Koch freiwillig mangels freier Zeit zurückgetreten sind, nunmehr unserem bisherigen Agenten
Herrn Julius Küppers, Kaufmann zu Krefeld,
Rheinstraße 16,
übertragen haben.
Köln, im Januar 1900.
Die General-Agentur: L. Ohm.
Bezugnehmend auf obige Bekanntmachung halte ich mich zur Vermittlung von Versicherungen bestens empfohlen. 7952
Julius Küppers.

Civilstand der Gemeinde Krefeld.

Geborene.

8. Jan. Albert Johann, S. v. Albert Lothes, Färbergeselle. — Heinrich Walther, S. v. Wilhelm Wiesener, Kommis. Anna Maria, T. v. Karl Reihe, Appreturgehülfe. — Friedrich Karl, S. v. Karl Klüsener, Drechslergeselle. — Hertha, T. v. Jakob Biermann, Werkführer. — Maria Christine Wilhelmine, T. v. Heinrich Fenster, Schlossermeister.

9. Jan. Anna, T. v. Heinrich Klein, Fuhrknecht. — Gertrud, T. v. Theodor Kerens, Appreturgehülfe. — Wilhelm Albert, S. v. Albert Louis, Destillateur. — Arthur Sebastian, S. v. Joseph Bruster, Kutscher. — Franz Hermann, S. v. Heinrich Dohm, Fabrikweber. — Julie Emmy Johanna, T. v. Johann Schürmann, Schlossergeselle.

Zum 15. Februar oder 1. März werden
2 tüchtige kath.
Verkäuferinnen
für ein Weiß- u. Strumpfwaaren-Geschäft nach Westfalen gesucht. Nur solche wollen sich melden, welche auch tüchtig im Dekoriren sind.
Gefl. Off. nebst Gehaltsansprüche u. Photographie an die Geschäftsst. d. Bl. unter M. B. 7940.

Billard
in sehr gutem Zustande, Anschaffungswerth 950 Mark, für 200 Mark zu verkaufen.
Näheres Gladbacherstraße 211, Krefeld. 7806

Dog-cart
oder leichtes Tilbourg
zu kaufen gesucht.
Offerten unt. R. S. 7828 an die Geschäftsstelle d. Bl.

846

Tausende von Resten

welche durch das lebhafte Weihnachtsgeschäft entstanden,

Gebrüder David,

Rheinstraße 125, Friedrichstraßen-Ecke.

sowie **Restbestände** und **Abschnitte** in **schwarzen** und **farbigen**

Kleiderstoffen,

Weisswaaren, Baumwollwaaren, Bettwaaren, ferner die **Restbestände** in

Damen-Winter- und Sommer-Konfektion,

Gardinen, Teppichen und Läuferstoffen, fertiger Wäsche, Schürzen, Blousen 2c. 2c

verkaufen

— wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts —

zu spottbilligen Preisen.

Seidenstoffe

für

Brautkleider

in schwarz, weiss und farbig

bekannt billigst.

L. Frankfurt Wwe.,

Hochstrasse 59,
Ecke Neumarkt.

Gommern b. Magdeburg.

Zu Ehren des hl. Antonius M. 9.—
Früher eingegangen „ 234.—
Summa M. 243.—

Familien-Nachrichten.

Geborene: G. W. Herzogenrath, Elberfeld, ein Mädchen.

Verlobte: Gertrud Barten m. August Herbes, Wickrathberg und Dortmund.

Vermählte: Peter Milles m. Odilia Schramm, Düsseldorf. — Cleve.

Gestorbene: Wwe. Frz Herkenrath, geb. Isabelle Mathot, Joseph Lobs m. Isabelle Mathot, Joseph Lobs, geb. Helene Iserlohn, 79 J., Düsseldorf. — Wwe. Christian Pesch, geb. Cäcilia Piel, 80 J., Düsseldorf. — Wwe. Wilhelm Korimacher, geb. Luise Haß 65 J., Düsseldorf-Hamm. — Kaufmann Hubert Schencking, 69 J., Gastrop. — Theresia Dreyer, geb. Stute, 54 J., Dortmund.

Man verlange



Vakante Dienststellen.

Lehrerstelle an der kath. Volksschule zu Sterkrade. Anfangsgehalt 1080 M., Grundgehalt 1350 M., Alterszulage 170 M., Miethsentschädigung 180 bezw. 300 M. Meldungen bis 12. Januar an Pfarrer Kranenburg. — Lehrerstelle an der kathol. Volksschule zu Kettwig. Anfangsgehalt 1050 M., Grundgehalt 1250 M., Alterszulage 150 M., Miethentschädigung 150 bezw. 300 M. Meldungen bis 22. Januar an Pfarrer Neumann zu Mintard. — Lehrerinstelle an der kath. Volksschule zu Frillendorf. Anfangsgehalt 1000 M., Grundgehalt 1100 M., Alterszulage 100 M. Miethsentschädigung 200 M. Persönliche Meldungen bis 22. Januar an Pfarrer Hicken zu Stoppenberg. — Lehrerstelle an der evangel. Volksschule zu Schonnebeck. Anfangsgehalt 1150 M., Grundgehalt 1400 M., Alterszulage 160 M., Miethsentschädigung 150 bezw. 350 M. Meldungen bis 31. Januar an Pfarrer Beck zu Kray.

Empfehlen unsere selbstgekelterten

Ahr-Rotweine,

garantirt rein von **90 Pfg.** an pr. Liter, in Gebinden von 17 Liter an und aufwärts und bereit, falls die Waare nicht zur größten Zufriedenheit ausfallen sollte, dieselbe auf unsere Kosten zurücknehmen. **Proben gratis u. franko** Gebr. Both, Ahrweiler Nr.

Steppdecken,

eigene Handarbeit, nach jedem beliebigen Muster, mit jeder gewünschten Einlage.

Aufschlumpfen

alter Watte und Wolle in Bahnen.

Neuüberziehen

und **Reparieren** alter Steppdecken

Chem. techn. Reinigungs-Desinfektions-Anstalt für Betten, Kleider, Möbelstoffen 2c.

M. Weidener,

Dreikönigenstr. 150, — an der Josephskirche —

Das Jahrgedächtniß

für den verstorbenen

Hauptlehrer Jakob Krüll

findet **Dienstag Morgen ½ vor 7 Uhr** in der Dionysiuskirche statt.

In aller Kürze

werden die

Frühjahrs- u. Sommerneuheiten

eintreffen. Um mit meinem gegenwärtigen Bestande in

Winter-Anzug- u. Hosenstoffen 2c.

zu räumen, gewähre ich auf meine festen Preise

10% Rabatt.

Jacob Keller,

Tuchhaus, Krefeld,

Südwall 61, an der Breitestraße.

NB. Sämmtliche Stoffen sind mit Preisen ausgezeichnet.

Teleph. 37, **Illies & Hackes** Teleph. 37,

Ritterstraße 213, am Güterbahnhof.

Vortheilhafte Gelegenheit für mittlere oder größere Möbeltransporte

nach Leipzig, Dresden, Erfurt, Cassel, Berlin, Breslau, Magdeburg, Halle.

Bestellungen, Briefe können auch abgegeben werden **Lindenstr. 5, Mennonitenkirchstr. 6—8.**

Frau Wilh. Führmann,

Friedrichstrasse 26,

Niederlage von Hartwig & Vogel,

empfiehlt:



Ferner: **Chokoladen** für den Haushalt per Pfd. v. M. 1.— bis 3.—.

Speise-Chokolad. in grösseren Tafeln, dto. in diversen einfachen und eleganteren Packungen von 0.50 bis 2.— M

Spezialität: Tell-Chokolade, leichtschmelzd., à Kart. 75, 60, 50 und 40 Pfg.

Zuckerwaaren in billigsten Preislagen.

Dessert-Konfekte in reichster Auswahl, per Pfd. 0.80 bis 4.— M.

Passende Geschenke für Kinder.

Grosses Lager in gefüllten scherzhaften und lehrreichen 10Pfg.-Gegenständen.

Sämmtliche Waaren werden aufs sorgfältigste behandelt und empfehlen sich dadurch und ihre Güte.

Elektrotechnisches Geschäft

St. Antonstr. 33, gegr. 1882, **Fernsprecher 887.**

Heinr. Spreyer.

Kraft- und Licht-Anlagen im Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk. 5917

Großes

Ladenlokal

mit Wohnung

Ostwall 177, neben der Gesellschaft Verein, halben Mai zu vermiethen.

Näheres Ostwall 177, 1. Etage. 7698

Shedraum.

Shedraum für 30 bis 40 Stühle mit Kraft u. s. w. **zu miethen gesucht.**

Viersen, Kempen, Nieukerk, Geldern, würden bevorzugt.

Frko.-Offerten mit Angabe des Preises, des Antritts u. s. w. an die Geschäftsstelle dss. Blattes unter P. S. 7926.

Das an der **Kronprinzenstr.** und **Alte Linnerstr.** - Ecke gelegene

Wohnhaus

ist zu verkaufen oder zu vermiethen. Dasselbe eignet sich sehr zur Errichtung von Ladenlokalen. Bequeme Zahlungsbedingungen. 7823

Näh. Kronprinzenstraße 80.

Ein tüchtiges **Dienstmädchen** gegen hohen Lohn gesucht. Louisenstraße 143. *

Wer schnell u. billig Stellung will verlange pr. Postkarte die Deutsch Vakanzenpost, Elberfeld.

Krefelder Dampf-Wasch- u. Plätt-Anstalt.

Reinigen und Fertigstellen sämmtlicher Haus-, Hotel- und Restaurant-Wäsche.

Uebernahme ganzer Braut-Ausstattungen.

Reinigung und Appretur von Tüll-, Mull- und englischen Gardinen nach eigenem Verfahren.

Neuwäscherei und Plätterei von Oberhemden, Kragen und Manchetten. Rasenbleiche.

Abholen und Zusenden durch eigenes Fuhrwerk gratis.

Wwe. Karl Dunkels, Alte St. Tönisserstr. 21.

---

van Houtens Cacao

½ Kilo genügt für 100 Tassen

Ein einmaliger Versuch überzeugt, dass van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend und stets wohlschmeckend. Weitere Vorzüge sind die leichte Verdaulichkeit und schnelle Bereitungsweise. Van Houtens Cacao wird niemals lose verkauft, sondern ausschliesslich in den bekannten Blechbüchsen. Bei lose ausgewogenem Cacao bürgt nichts für die gute Qualität.



Bekanntmachung

betreffend Einführung des Mädchenunterrichts an der Kaufmannsschule.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß zu Ostern d. J. an der hiesigen Kaufmannsschule eine **Abtheilung für Mädchen** eingerichtet wird. Es soll hierdurch auch jungen Mädchen Gelegenheit gegeben werden, sich eine geeignete kaufmännische Fachbildung anzueignen.

Als Unterrichtsfächer sind vorgesehen:

Schönschreiben, Deutsch, Handelskorrespondenz, kaufmännisches Rechnen, Buchführung, Wechsellehre, Französisch, Maschinenschreiben, Kurzschrift.

Der Lehrplan wird auf eine 2jährige Dauer der Unterrichtskurse eingerichtet. Die Lehrstunden sollen in der Tageszeit liegen. Ihre endgültige Festsetzung erfolgt nach Anhörung der Wünsche der Schülerinnen. Das Schulgeld beträgt 20 Mark halbjährig. Aufgenommen werden kann jedes Mädchen, welches das 14. Lebensjahr vollendet und mindestens eine Volksschule mit gutem Erfolge durchgemacht hat.

Junge Mädchen, welche geneigt sind, den Unterricht zu besuchen, wollen sich in den Tagen vom 22. bis 31. Januar (außer Sonntags), Mittags von 12 bis 1 Uhr, im Lokale der Handelskammer, Rheinstraße 68, beim Herrn Direktor **Schumacher** unter Vorlage des letzten Schulzeugnisses anmelden.

Krefeld, den 13. Januar 1900.

Die Handelskammer.
Das Kuratorium der Kaufmannsschule.

Stadt-Theater.

Mittwoch, 17. Januar (außer Abonnement):

Benefiz für Eugen Klug.

Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas.

*** **Lord Babberley (Charley' Tante) — Eugen Klug.**

Vorher: **Einmalige Aufführung**

Frauenliebe und Leben.

Gedicht-Zyklus von Adalbert von Chamisso, gesprochen von **Marie Hardung**

mit 9 lebenden Bildern.

Bestellungen von Billets werden im Theaterbureau, Luisenstraße 122, entgegengenommen.

Vaterländischer Frauen-Verein.

Die General-Versammlung

findet **Donnerstag, den 18. Januar cr., Morgens 12 Uhr,**

im **Rathhause,** Zimmer Nr. 42 statt, wozu die Mitglieder freundlichst einladet

der Vorstand.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht und Rechnungsablage.
2. Wahl von Vorstandsdamen.

Alle Exemplare unserer heutigen Ausgabe enthalten einen Prospekt betitelt: **Zur Ernährungsfrage.** Wir empfehlen diese Abhandlung der Beachtung unserer Leser.

Stadttheater.

Montag, den 15. Januar 1900
74. Abts.-Vorstllg. (roth).
Novität! Novität!

Der Probekandidat.

Schauspiel von Max Dreyer.

*** Malte Heitmann — — —
— — — Dir. Anton Otto.

Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Dienstag, den 16. Januar 1900:
75. Abts.-Vorstllg. (blau).

Das Lied von der Glocke

mit **fünf lebenden Bildern.**
Gedicht von Friedr. Schiller.

*** Der Meister — — — —
— — — Direktor Ant. Otto.
Hierauf:
Novität. Novität.

Mein neuer Hut.

Plauderei von Max Bernstein.
Hierauf:

Die Harzreise

von Heinr. Heine,
in 4 Bildern zusammengestellt von W. Meyer-Förster.

Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Zu dieser Vorstellung haben Abonnements-Ersatzkarten keine Gültigkeit.

Konzert-Gesellschaft.

Dienstag, 16. Jan. cr., Nachmittags 2½ Uhr:
Orchester-Probe.
Mittwoch, 17. Jan. cr., Nachm. 5½ Uhr: **Orchester.**
Abends 7½ Uhr:
Chor und Orchester.

Kaiser-Panorama,

Hochstraße 122,
Ecke der Poststraße (Parterre)
Diese Woche:
Eine herrliche Reise durch
Tyrol.
Neu! Neu!
Das Unter- u. Ober-Innthal.

Familien-Pension Villa Elise

Mehlem b. Bonn a. Rh.

Zum April evtl. früher finden wieder junge Mädchen freundliche Aufnahme. Gründliche Ausbildung in Küche und Haushalt, sowie in allen Handarbeiten und gesellsch. Formen. Auf Wunsch Weiterbildung in Musik u. Malen. Vorzügliche Referenzen und Prospekt durch die Vorsteherin 7947 Frau Hackert.

Gebild. Mädchen

gesetzten Alters, welches bisher zu Hause im Geschäft thätig war, sucht Stellung bei alleinstehender Dame oder in kleiner Familie. Es wird mehr auf familiäre Behandl. als hohen Lohn gesehen. Offerten unter R 7904 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Anstreicherlehrling

unter günstigen Bedingungen gesucht. Kost und Logis beim Meister Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl. 7949*

Heirath.

Privatbeamter in freundl. südd. Stadt, mit gut. Einkommen, kath., 29 Jahre alt, mit tadelloser Vergangenheit, stattl. Erscheinung, gesund (Nordeutscher), mit soliden Charakter, wünscht sich mit häusl. erzog. kath. gesund. Mädchen, nicht über 30 Jahre alt, welche etwas Vermögen besitzt, zu verheirathen. Damen oder deren Eltern woll. Offert. u. R. 456 send. a. **Haasenstein & Vogler,** A.-G. Stuttgart. Offert. ohne Photogr. u. solche v. Agenten werd. nicht beantwortet. Verschwiegenheit selbstverständl.*

Zur gefl. Beachtung! Für die „Niederrheinische Volkszeitung" aufgegebene Anzeigen werden auch **einmal kostenlos in den in einer Auflage von 11,300 Exemplaren erscheinenden „Crefelder Stadt-Anzeiger" aufgenommen.** Auf diese Weise gelangen Inserate der „Niederrheinischen Volkszeitung" in **18—20,000 Haushaltungen und Familien und in Hände von etwa 60—70,000 regelmäßigen Lesern.**